

Alexander Heerlein, Alina Jankowski, Matthias Keller, Julien Neubert

Der Kolumbienkonflikt

Dossier zur zivilen Konfliktbearbeitung

Editorial

Das vorliegende Dossier entstand im Rahmen eines studentischen Monitoring-Projekts am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, unter der Leitung von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach. Es steht im engen Kontext des Monitoring-Projektes, das von der Kooperation für den Frieden initiiert wurde. Die Intentionen dieses Projekts liegen in der zivilen Konfliktbearbeitung sowie in der Gewalt- und Kriegsprävention. Mit Hilfe der Veröffentlichung von Dossiers soll der Öffentlichkeit ein ziviler Umgang mit Konflikten nahe gebracht werden. Die Kooperation für den Frieden hat unter Federführung von Prof. Dr. Andreas Buro derzeit vier Dossiers veröffentlicht: Dossier I – Der Iran-Konflikt, Dossier II – Der Türkisch-Kurdische Konflikt, Dossier III - Der Israel-Palästina-Konflikt und Dossier IV – Der Afghanistan-Konflikt. (http://www.koop-frieden.de)

Für die Arbeit an solchen Dossiers sind nicht nur Engagement und guter Wille, sondern theoretische, methodische und empirische Kenntnisse über Konfliktverläufe und Handlungsmöglichkeiten erforderlich. Es ist notwendig in einer bislang noch unüblichen Art und Weise über internationale Konflikte nachzudenken und sie so zu analysieren, dass die Arbeit praxisrelevant wird. Das bedeutet für Studierende sich theoretisches und methodisches Wissen zur zivilen Konfliktbearbeitung anzueignen und mit diesem Instrumentarium selbst Konflikte zu analysieren. Die Gießener Monitoringgruppe (GIMo) nahm daher die Leitgedanken des Monitoring-Projekts auf und verfasste im Rahmen von Lehrforschungsprojekten weitere Dossiers zu den Konflikten: Migration von Afrika in die EU, Tibet-China, Tschetschenien, Darfur und zur Kurdenfrage(n) in allen vier Siedlungsstaaten, Kolumbien und zur Konfliktlage im Kosovo. (http://www.uni-giessen.de/cms/gim). Weitere Informationen über das Monitoring-Projekt können aus dem Artikel „Monitoring macht Schule“ (In: Wissenschaft & Frieden, 01/2009) von Doğan, S. und Schupp, M. bezogen werden.

Das vorliegende Dossier soll über den Konflikt in Kolumbien sowie über dessen Gewaltträchtigkeit informieren und anhand praktischer Handlungsoptionen Möglichkeiten für eine zivile Lösung aufzeigen. Damit wollen die Autor_innen zugleich einen Beitrag zu einer internationalen Kultur der zivilen

Konfliktbearbeitung leisten.

Die Analyse der Entstehung und der Struktur des Konfliktes ergibt, dass eine Transformation des Konfliktes nur im Rahmen eines Komplexprogrammes gelingen kann, an dem viele staatliche und nicht-staatliche Akteure mitwirken. Sie alle können mit ihren spezifischen Möglichkeiten ein Bewusstsein dafür schaffen, was zu tun ist und wie es in die Tat umgesetzt werden kann.

März, 2010.

Inhalt

Einleitung 4

1. Konfliktbeschreibung 5
   1.1 Die Geschichte des Konflikts 5
   1.2 Zur Eskalation des Konflikts 9
   1.3 Hauptakteure 13
   1.4 Friedensfördernde und –hindernde Faktoren 15
      1.4.1 Friedensfördernde und –hindernde Faktoren innerhalb des kolumbianischen Nationalstaats 15
      1.4.2 Friedensfördernde und –hindernde Einflüsse der internationalen Politik: Deutschland, EU und USA 16
   1.5 Andere wichtige Akteure: NGO´s, Friedensgemeinden und Friedensinitiativen 21

2. Ziele der zivilen Konfliktbearbeitung 25
   2.1 Entprivatisierung von Gewalt – Stärkung der Rechtsstaatlichkeit 26
   2.2 Politische Kultur der Gewalt beenden 27
   2.3 Zivilgesellschaft stärken 27
   2.4 Alternativen zur Drogenökonomie bieten 28
   2.5 Soziale Ungleichheit bekämpfen 29

3. Handlungsempfehlungen 30
   3.1 Gewalt entprivatisieren/ Rechtsstaatlichkeit stärken 30
   3.2 Politische Kultur der Gewalt beenden 33
   3.3 Zivilgesellschaft stärken 35
   3.4 Alternativen zur Drogenökonomie entwickeln 37
   3.5 Soziale Ungerechtigkeit bekämpfen 39

4. Service-Teil 40
   4.1 Literaturverzeichnis 40
   4.2 Literaturempfehlungen 41
   4.3 Nationale und internationale Organisationen und Institutionen 41

Einleitung

Das Monitoring- Dossier über Kolumbien will vor dem Hintergrund der krisenhaften und eskalationsträchtigen Lage in dem lateinamerikanischen Land zum Gebrauch von zivilen Methoden der Konfliktbeilegung mahnen und konkrete Handlungsempfehlungen zur Konfliktbeilegung aufzeigen.

Kolumbien ist seit nunmehr vier Jahrzehnten von einem gewaltsam ausgetragenen Konflikt gekennzeichnet, der bei vielen Menschen an vielen Orten Leid hinterlassen hat. Das Heidelberg Institute for International Conflict Research (HIIK)[1] bewertet die Intensität des Konfliktes bereits seit fünf Jahren als ernste Krise, die durch ein wiederholtes und organisiertes Auftreten von gewaltsamen Handlungen gekennzeichnet ist. Im Kern der Streitigkeiten steht der Kampf um die Verteilung von Macht, die Auseinandersetzungen um System- und Ideologiedifferenzen, um regionale Vorherrschaften sowie um die soziale Frage.

In Kolumbien sind neben enormer sozialer Ungleichheit und Armut und einer unbearbeiteten Vertriebenenproblematik permanente direkte Gewalttaten zu beklagen: Ermordungen, Bedrohungen, außergerichtliche Hinrichtungen und Entführungen von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern sind alltäglich. Die Täter bleiben meist unbestraft. Schließlich prägen den Konflikt eine lange Dauer sowie immense Militärausgaben. Die Auseinandersetzung, die anfangs in erster Linie politisch-sozial motiviert war, wird einerseits im Namen einer militärischen Befreiung und andrerseits im Namen eines Anti-Terror-Kampfes geführt. Eine Lösung des ursächlichen politisch-sozialen Konflikts ist jedoch, wie dieses Dossier zeigen soll, viel eher durch einen friedlichen und zivilisierten Konfliktaustrag möglich.

Mit diesem Dossier soll gezeigt werden, was es bedeuten würde, in einem solchen komplexen Fall eine zivile Konfliktbearbeitung zu fördern und umzusetzen. Um die ursächlichen Zusammenhänge, die Konfliktdynamiken und Eskalationspotentiale aufzuzeigen, wird zunächst die historische Entwicklung der Auseinandersetzungen dargestellt. In der Konflikt- und Akteursanalyse werden Akteure, welche die Gewalthandlungen wesentlich und ursächlich bestimmen, benannt sowie die Konfliktgegenstände, Interessen und Widersprüche aufgezeigt. Ein weiterer Abschnitt widmet sich den Bezügen des Konflikts zu Deutschland und der Europäischen Union und fragt unter anderem nach den gegebenen friedensfördernden und friedenshindernden Faktoren. Die Abschnitte über die Ziele einer zivilen Konfliktbearbeitung

[1] HIIK 2008.

und die Handlungsempfehlungen, sollen vor dem Hintergrund der vorangegangenen Analysen eine Vorstellung davon wecken, auf welche Weise ein nachhaltiger Friedensprozess angeregt und umgesetzt werden könnte. Impulse für zivilgesellschaftliches Engagement werden gesetzt, indem über die Praxis zivilgesellschaftlicher Konfliktarbeit verschiedener nichtstaatlicher Organisationen und Friedensinitiativen informiert wird. Sie repräsentieren die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Konflikts, sind aber ohne eine aktive Zivilgesellschaft und ohne ein Umdenken der Regierung sowie der maßgeblichen Gewaltakteure nicht in der Lage, diese zu schaffen.

1. Konfliktbeschreibung

1.1 Die Geschichte des Konflikts

Um den Kolumbien-Konflikt zu verstehen, ist es zunächst notwendig, an die Geschichte des Landes zu erinnern und die Ursachen für die heute wirksamen Konfliktgegenstände zu identifizieren. Im Wesentlichen geht es dabei um die Ursachen für die Schwäche des kolumbianischen Staates, für den andauernden Kampf um Macht, für die politischen Kultur der Gewalt und die Kultur der sozialen Ungleichheit.

Bereits die Entstehung des kolumbianischen Staates erweist sich als besonders schwierig. 1499 von den Spaniern entdeckt, wurde das Land zu einer spanischen Kolonie. Es folgten ein Unabhängigkeitskrieg zu Beginn des 19. Jahrhunderts sowie eine rasche Rückeroberung durch die Kolonialherren. Die endgültige Loslösung von Spanien erfolgt im Jahre 1819 unter Simón Bolívar. Der neu entstandene unitarische Staat wird von Bolívar als Präsident und Francisco de Paula Santander als Vizepräsident geführt. Beide werden von dem 1819 zusammengetretenen Kongress von Angostura gewählt, der aus Abgeordneten der bis dahin befreiten Provinzen besteht. Doch die neu entstandene Republik Großkolumbien, welche auch Ecuador und Venezuela umfasst, zerfällt bald. Im Interesse politischer Stabilität favorisiert Bolívar für beide neuen Staaten, Bolivien und Kolumbien, die von ihm ausgearbeitete Verfassung, welche sowohl eine enorme Stärkung der Exekutiven in einer nahezu monarchie-ähnlichen Form als auch erhebliche Eingriffe in bürgerliche Freiheiten und das Repräsentativsystem vorsieht. Dagegen besteht Santander auf einer eigenen kolumbianischen Verfassung. Um ihn versammeln sich all diejenigen, die Institutionen, welche auf Absolutismus und Monarchie hindeuten, ablehnen. In diesem Streit um die Verfassung zeigen

sich folglich erste Ansätze der späteren Parteienstruktur mit einer tiefen Spaltung in Konservative und Liberale.

Da Bemühungen um einen Konsens und die Verständigung auf eine Verfassung scheitern, errichtet Simón Bolívar 1828, gestützt von venezolanischen Militärs, eine Diktatur über beide neuen Staaten, die solange dauern soll, bis der Verfassungsstreit beendet ist. Unzufriedenheit und verschwörerische Handlungen breiten sich aus, und die Fronten zwischen Liberalen und Konservativen verhärten sich immer mehr. Nach einem gescheiterten Attentat auf Bolívar zerbricht Großkolumbien. 1830 stirbt Bolívar und Santander übernimmt die Regierung des Reststaates des einstigen Großkolumbien. Kolumbien gewinnt durch diesen Zerfall hinsichtlich seiner Staatsgrenzen und der Lösung von der kolonialen Verwaltung ein eigenes Profil. Jedoch verschärfen sich die Differenzen zwischen Liberalen und Konservativen.

Zum Ende der 1830er Jahre kristallisieren sich aus den politischen Gesinnungsgruppierungen um Bolívar und Santander zwei große politische Parteien heraus, die Liberalen und die Konservativen. Die Gegensätze dieser Parteien betreffen weniger staatspolitische, sondern vielmehr soziale Fragen. Es geht nicht darum, wie der Staat, sondern wie die Gesellschaft strukturiert sein soll. Die Liberalen treten für Gedankenfreiheit, individuelle Handlungsfähigkeit, Selbstständigkeit, freiheitliche Demokratie, Trennung von Staat und Kirche und für eine dezentralisierte Verwaltung ein. Die Konservativen plädieren für eine starke Zentralgewalt und traditionelle Werte, die an die Vorstellungen der Kolonialzeit anknüpfen, sowie für eine hierarchisch gegliederte, auf Autorität beruhende, katholische Gesellschaft.[2]

Die politische Kultur der Gewalt, die mit Aufständen gegen die Kolonialherren und mit dem Unabhängigkeitskrieg begonnen hat, zeigt sich in den folgenden Jahrzehnten nach dem Zerfall von Großkolumbien immer wieder. So wird die erste Regierungsära der Liberalen nicht nur von Bemühungen um Reformen und zur Modernisierung des Landes, sondern auch von Aufständen und einer Zunahme an Konflikten auf lokaler und regionaler Ebene geprägt. Als 1851 das Militär stark reduziert werden soll, rebelliert dieses und setzt eine Militärjunta ein. Als die Konservativen im Jahre 1856 die Wahlen gewinnen, rufen die Liberalen den Bürgerkrieg aus. 1861 erlangen die Liberalen wieder die Regierungsmacht. Ab 1886 erneuert sich die Vorherrschaft der Konservativen, womit der autoritäre Zentralstaat zurückkehrt. 1899 setzen die Liberalen statt auf ein Programm gegen die konservative Politik auf Waffengewalt. Waren die Auseinandersetzungen bis dahin durch geringe militärischer Intensität charakterisiert, so kostet der Bürgerkrieg ab 1899, der „Krieg der Tausend Tage“, sehr viele

[2] König 2008.

Menschenleben. Bis 1903 sterben 2,5 Prozent der Bevölkerung. Am Ende unterliegen die Liberalen. Die politischen Konflikte um die Macht werden durch Verteilungskonflikte und die Unfähigkeit, diese zu lösen, verschärft. Bis heute hat sich etwa, wenn auch in veränderter Form, das Hazienda-System mit seiner Konzentration von Landbesitz bei wenigen reichen Grundbesitzern halten können. Entscheidende Reformen auf diesem Gebiet sind ausgeblieben. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise ereignet sich im Lager der Liberalen ein Linksruck. Von nun an will sich die Liberale Partei den Wählerinnen und Wählern als Vertreterin sozialistischer Inhalte präsentieren. Die Wahlen von 1922 können die Liberalen für sich entscheiden und begründen damit das Ende der konservativen Hegemonie und den Beginn von Reformen. Im Laufe der Periode unter liberaler Führung entsteht 1934 das Reformkonzept der „Voranschreitenden Revolution“ (Revolución en Marcha) des Präsidenten López Pumarejo, welches sich in der Umwandlung der halbfeudalen in kapitalistische Produktionsmethoden ausdrückt. In der Legislatur von Pumarejo setzen Agrarreformen, eine Demokratisierung der Besitzverhältnisse, Enteignungen brachliegender Grundstücke, die Befreiung der Bauernschaft aus halbfeudalen Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie eine Förderung kapitalistischer Produktionsmethoden im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft ein. Gleichzeitig können Gewerkschaften etabliert werden. Allerdings versäumt es die Regierung Pumarejo, neben Gewerkschaften auch Bauernbewegungen aufzubauen, während die Konservativen sowohl ihre Gewerkschaften begründen und die katholische Kirche auf dem Land Genossenschaften errichtet. Auf diese Weise können die Konservativen ab den 1940er Jahren zunehmend ihre breite Basis auf dem Land ausbauen. Auch versäumt die liberale Regierung die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern. Weder in das Wahlsystem noch in die Organisation von Gewerkschaften werden Frauen integriert.

In der zweiten Regierungszeit Pumarejos von 1942-1945[3] vergrößerte sich der Widerstand gegen dessen Politik. Kirchen, Konservative und sogar parteiinterne Gegenspieler kämpfen gegen López Pumarejo. 1945 tritt er zurück. 1946 wird der konservative Präsidentschaftskandidat Mariano Ospina Pérezwas als Nachfolger gewählt, was sich durch die Spaltung des liberalen Lagers in einen gemäßigten und in einen linken Flügel erklären lässt. Ab 1947 leitet der Führer des linken Flügels Jorge Eliécer Gaitán die Liberale Partei und proklamiert mit dem Schlachtruf „Zum Angriff“ seine Ansprüche auf das Präsidentenamt. Doch schon ein Jahr später wird Gaitán ermordet, offenbar von einem Einzeltäter ohne

[3] Zwischen der ersten und zweiten Regierungszeit lag eine Pause, da die kolumbianische Verfassung zwei aneinanderhängende Amtszeiten verbot.

politischen Hintergrund. Motive und Hintermänner können aufgrund der raschen Ermordung des Attentäters niemals aufgedeckt werden. Nach dem Tode Gaitáns beginnen heftige Unruhen in der Hauptstadt Bogotá, die den Auftakt für einen blutigen und langen Bürgerkrieg, die Violencia, bilden. Den Gerüchten, dass es sich bei dem Attentat auf Gaitán um eine internationale kommunistische Verschwörung gehandelt habe, schließt sich nun auch der konservative Präsidentschaftskandidat Laureano Gómez an und treibt damit eine Vernichtungskampagne gegen Liberale und Kommunisten voran. Auch die katholische Kirche beteiligt sich an dieser Kampagne, welche sich auch immer mehr gegen alle Protestanten in Kolumbien richtet, und ruft zum „Heiligen Krieg“ auf. Obwohl sich die Parteiführung der Liberalen zum Pazifismus bekennt, findet auf dem Land zunehmend eine Bewaffnung zur Selbstverteidigung der Liberalen statt. Es kommt zu zahllosen gewalttätigen Exzessen und zur Bildung krimineller Banden.

Die Violencia kostet zwischen zwei- und dreihunderttausend Menschenleben. Sie wird schließlich vor allem durch eine Annäherung der Führung der Konservativen und der Liberalen Partei beendet. Nach langen Verhandlungen beider Parteien soll die Lösung in einem Proporzsystem liegen, das ab 1957 für die nächsten 16 Jahre bei wechselnden Regierungszeiten die Macht gleichmäßig unter den Parteien aufteilt. Auch wenn damit die Gewalt zwischen den Parteien endet, so bedeutet das Proporzsystem, auch Nationale Front genannt, einen starken Verlust jeglicher demokratischer Kontrolle durch die Bevölkerung. Politisches Leben außerhalb der Großparteien ist de facto von nun an nicht mehr möglich.

Obwohl der Bürgerkrieg beendet ist, bleiben einige Herde des bewaffneten Widerstandes übrig. Im Zuge der kubanischen Revolution kann die Tradition des bewaffneten Widerstandes sogar in den Jahren ab 1959 wieder aufleben. In den Städten sind es Linksintellektuelle und Teile der Studentenschaft, die eine politisch-militärische Organisation für den Umsturz aufbauen wollen, und auf dem Land rüsten sich ebenfalls Arbeiter und Bauern zum Kampf.

Zu Beginn der Nationalen Front ziehen sich zunehmend einige Anhänger der Liberalen abgelegene Gebiete zurückt. Sie sind bereit, mit Waffengewalt weiterzukämpfen und sich gegen die Regierung bzw. das Proporzsystem zu erheben. Im Rückzugsgebiet widmen sie sich vor allem der Landwirtschaft und dem Versuch, eine Gegenmacht zur Staatsmacht aufzubauen. Zwar gelingt es 1964 der Regierung, diese als „unabhängige Republiken“ bezeichneten Gebiete militärisch und mit dem Einsatz von Napalm-Bomben zu räumen. Doch wenig später erklären die Aufständischen um Manuel Marulanda dem „reaktionären“ Staat den Kampf und begründen die Fuerzas Armadas Revolucionaris de Colombia, die FARC. Diese Guerillas stellen von nun an nicht nur das Gewaltmonopol des Staates in Frage, sondern

setzen dieses auch in einigen Gebieten, die sie unter ihre Kontrolle bringen können, außer Kraft. Auch wenn die FARC immer wieder in Zusammenhang mit dem sowjetischen Kommunismus gebracht wird, so ist sie angesichts der geschichtlichen Entwicklung des Landes viel eher als eine Konsequenz der langen Tradition von Bauernaufständen zu verstehen, die sich gegen die oligarchische Land- und Machtkonzentration gerichtet haben. Insgesamt bleibt das Verhältnis zur Kommunistischen Partei Kolumbiens nie ganz geklärt, letztlich bewahrt sich die FARC immer eine gewisse Eigenständigkeit.

Der Blick auf die Geschichte Kolumbiens zeigt, dass der Kolumbienkonflikt aus mehreren Teilkonflikten besteht und dass der Kampf um Macht und Vormachtstellungen eine lange Tradition hat. Politischer Wandel ist immer wieder über den Einsatz von Gewalt erfolgt. Somit ist die Identitätsbildung Kolumbiens nicht über die Herausbildung gemeinsamer Interessen und gemeinsamer politischer und sozialer Ziele erfolgt, sondern über die Gemeinschaft in Gewalttäter.[4]

1.2 Zur Eskalation des Konflikts

Die dauernden gewaltsam ausgetragenen Spannungen zwischen den Anhängern linker und konservativer Parteien, gewalttätige Volksaufstände und Bürgerkriege mit vielen Tausenden von Opfern, eine vierjährige Militärdiktatur unter Gustavo Rojas Pinilla (1953-1957), die Nationale Front[5] und die zunehmende Verarmung der Landbevölkerung haben maßgeblich zur Entstehung der ersten Guerillabewegungen beigetragen. Die Regierung reagierte darauf mit gesetzlich verankerten paramilitärischen Strukturen. 1965 wurde das sogenannte Gesetz Nr. 48 verabschiedet, dass staatliche Sicherheitskräfte ermächtigte, Gruppen von Zivilisten auszubilden und zu bewaffnen, um Aufständische zu bekämpfen.[6]
Die größte Guerillagruppe, die FARC, ist ideologisch im Umfeld der kommunistischen Partei Kolumbiens, der Partido Comunista Colombiano (PCC), anzusiedeln. Die FARC selbst versteht sich von je her als bäuerliche, marxistisch-leninistische und bolivarische Selbst-verteidigungsgruppe gegen die von Großgrundbesitzern und Militär ausgehende Gewalt. Mitbegründer und bis zu seinem Tod im März 2008 Anführer der FARC ist Manuel

[4] Hörtner 2006.
[5] Ein paritätischer Zusammenschluss von Liberalen und Konservativen. Der interne Pakt hatte dementsprechend ein paritätisches Regierungssystem zur Folge.
[6] Hörtner 2006.

Marulanda. Bis in die 1970er Jahre operiert die FARC vornehmlich in ländlichen Gebieten, in denen der Staat nicht oder nur wenig präsent. Als die Regierung Turbay Ayala (1978-1982) deutlich repressiver als ihre Vorgänger gegen die FARC vorgeht, führt dies zu einer breiten Akzeptanz des bewaffneten Guerillakampfes in weiten Teilen der Gesellschaft.

Ab den 1980er Jahren schließen sich immer mehr Studenten der FARC an. Damit verbunden ist nicht nur ein Ausbau des ideologischen Konzeptes, sondern auch eine Ausbreitung des Kampfs auf ganz Kolumbien weit über die ländlichen Gebiete hinaus. Zwar beteiligt sich die FARC zu diesem Zeitpunkt noch nicht mittelbar am Drogengeschäft, jedoch findet sie immer mehr Anhänger unter den Kokabauern. Sie erweitert ihre finanziellen Ressourcen unter anderem dadurch, dass sie Sicherheitsdienste und Infrastruktur für den Drogenhandel bereitstellt. In einigen Gebieten des Landes erfüllen die FARC im Laufe der Zeit teilweise staatliche Ordnungsfunktionen.

Mitte der 1980er Jahre unternimmt die Regierung unter Belisaro Betancur einen ersten Versuch, den Konflikt beizulegen. Es kommt zu einem kurzen Waffenstillstand, der den Weg für ein Friedensabkommen zwischen Staat und den größten Guerillaorganisationen, der FARC, der Ejército der Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee, ELN) und der Ejército Popular de Liberación (Bürgerliche Befreiungsarmee, EPL) ebnen soll. Dieses Ziel wird jedoch nicht erreicht, da paramilitärische Gruppierungen immer wieder Gewaltakte verüben. Vielmehr erhöht sich die Zahl der Gewaltakteure, es kommt zu einer weiteren territorialen Ausdehnung des Konflikts und somit zur Konfliktverschärfung. Aufgrund der Ausdehnung der Gewalt gründen 1985 einige Mitglieder der FARC gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Kolumbiens die Partei Unión Patriótica (Patriotische Union, UP), die 1986 als legale Partei anerkannt wird. Bis in die 1990er Jahre werden ca. 2.500 Mitglieder der UP von paramilitärischen Gruppierungen und Todesschwadronen getötet. Neben FARC und Paramilitärs treten Drogenbanden als weitere Gewaltakteure hinzu, welche das politische System Kolumbiens weiter destabilisieren. Einige kleinere Guerillagruppen hingegen schließen Anfang der 1990er Jahre Abkommen mit der Regierung zur Demobilisierung und Reintegration in die Gesellschaft. Weitere politische Entwicklungen, wie die neue Verfassung von 1991 und die Zerschlagung des Drogenkartells von Medellín, verringern die Gewalt.

Trotz dieser Bemühungen bleibt die Gewalt in Kolumbien im internationalen Vergleich sehr hoch. Um weitere Friedensbemühungen zu erleichtern, tritt der Staat Kolumbien Ende der 1990er Jahre ein Gebiet von der Größe der Schweiz an die FARC ab, welches diese seitdem autonom verwaltet.

Mitte der 1990er Jahre steigt die Gewalt wieder deutlich an, da sich nun paramilitärische

Gruppierungen ausbilden, deren Entstehung eine militärische Reaktion auf die Guerillaaktivitäten ist. Sie handeln weitgehend unabhängig vom Staat. Ein großer Teil der Paramilitärs hat sich seit 1995 in den Autodefensas Unidas de Colombia (Vereinigte Selbstverteidigungsverbände Kolumbiens, AUC) zusammengeschlossen. Der Staat fällt in eine tiefe Wirtschaftskrise und weitere Friedensbemühung unter der Regierung Pastrana (1998-2002) scheitern. Beides trägt ungewollt zum erneuten Anstieg der Gewalt und einer Verschärfung der sozialen Ungerechtigkeit bei.

Ende der 1990er Jahre wird unter Federführung der USA der Plan Colombia entwickelt und umgesetzt. Der hauptsächlich militärisch ausgerichtete Maßnahmenkatalog zielt auf die Bekämpfung des Anbaus und Vertrieb von Rauschgift ab und soll zusätzlich zur Beilegung des bewaffneten Konfliktes beitragen. Zielsetzung und Auswirkungen des Plan Colombias sind von Beginn an umstritten. Zu diesem Zeitpunk ist Kolumbien durch den innerstaatlichen Konflikt tief gespalten. Zudem lebt jeder zweite Kolumbianer unter der Armutsgrenze nach den Kriterien der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation/ WTO). Zusätzlich leidet der Staat unter der zweitgrößten Binnenwanderung der Welt, die ihre Ursache in der Vertreibung der Bevölkerung durch Paramilitärs und Guerillagruppen hat.

Durch politisch-strategische Aktionen, wie massenhafte Entführungen, die Erpressung von Lösegeldern, Beteiligung am Drogenhandel, militärischen Aktionen mit zivilen Opfern und systematischer Feindbildkonstruktion verliert die FARC immer mehr an Sympathie innerhalb der Bevölkerung. Auch der Tod ihres Anführers und Begründers Manuel Marulanda sowie die Ermordung seines Stellvertreters Raul Reyes, im März 2008, wirkt sich negativ auf die Stärke der Guerillabewegung aus. Eine heftige Niederlage erleidet die FARC außerdem, als am 2. Juli 2008 die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt nach fünf Jahren Geiselhaft sowie 14 weitere Geiseln von der kolumbianischen Armee befreit werden. In der Hand der FARC sollen sich im Juli 2009 jedoch noch ungefähr 750 Geiseln befinden.

Ende 2009**,** hat der Konflikt folgende Merkmale: Auf der nationalen Ebene steht die Auseinandersetzung um die Kontrolle um wirtschaftliche Ressourcen, Zugang zu Waffen und Rückzugsgebiete im Mittelpunkt. In einzelnen Regionen wird der Konflikt von der Auseinandersetzung zwischen FARC und Paramilitärs um Ressourcen wie Erdöl, Bananen und Kokapflanzen bestimmt. Auf lokalen Ebenen geht es vielfach um den Konflikt zwischen urbanen, von Staat und Paramilitärs kontrollierten sowie verwalteten Zentren und dem Aktionsspielraum der Guerilla im ländlichen Umfeld.

Der Konfliktverlauf ist ferner geprägt von der gegenwärtigen Politik des Präsidenten Álvaro

Uribe. Die bereits unter seinem Vorgänger Pastrana eingeleitete und von Uribe fortgeführte Modernisierung der kolumbianischen Streitkräfte zeigt bisher nur begrenzte Wirkung. Zwar hat sich die Sicherheitslage in einigen Gebieten verbessert, jedoch befinden sich weite Landesteile nach wie vor nicht unter der Kontrolle des kolumbianischen Staates. Die Paramilitärs sind unter Uribe zum zentralen Gesprächspartner der Regierung geworden. Der mit ihnen ausgehandelte Demobilisierungsprozess bestimmt die politischen Beziehungen. Trotz hoher Popularitätsraten für Uribe und dessen Politik der ‚demokratischen Sicherheit' ist die kolumbianische Gesellschaft nach wie vor polarisiert und fragmentiert. Seine Politik zielt nicht auf einen Friedensprozess ab, sondern vielmehr auf eine militärische Lösung. Uribes Sicherheitspolitik verschärft den Konflikt, da sie die FARC politisch isoliert. Zusätzlich hat die Art und Weise, wie der Demobilisierungsprozess durchgeführt wird, zu einer Verflechtung von ehemaligen Paramilitärs und staatlichem Militär geführt. Außerdem weitet sich durch die Politik Uribes, die vor Verletzungen der nachbarstaatlichen Souveränität durch den Einsatz kolumbianischer Truppen nicht zurückschreckt, die Gefahr einer Ausdehnung des Konfliktes auf die Regionen angrenzender Nachbarländer weiter aus.

Zusammenfassend ist der nunmehr vier Jahrzehnte andauernde Kolumbienkonflikt als Konflikt mit kontinuierlich hoher Intensität zu beschreiben.[7] Die Positionsdifferenzen sind auf Dauer verfestigt und haben schwere Folgen für die Konstitution des staatlichen Gewaltmonopols, auf das soziale Gesellschaftsgefüge, die Wirtschaft und auch die Außenpolitik. Nach Einschätzung des HIIK variiert die Konfliktintensität zwischen der Stufe vier, einer „ernsten Krisen" und der Stufe fünf, dem „Krieg". Ersteres beschreibt einen wiederholten und organisierten Einsatz von Gewalt, während Krieg einen konstanten systematischen und organisierten Einsatz von Gewaltmitteln mit einem nachhaltigen Ausmaß von Zerstörung beinhaltet. Die Interessengegensätze der Parteien haben zu einer Konfliktsituation geführt, in der es keine Annäherung gibt und folglich auch keine gemeinsamen Entscheidungen getroffen werden können. Stattdessen wird Gewalt als rational-strategisches Konzept zur Erlangung politischer Ziele angewendet.

[7] HIIK (1996-2008).

1.3 Hauptakteure

Die Regierung: Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2002 setzt Álvaro Uribe auf eine Politik der ¸harten Hand´ und versucht das staatliche Gewaltmonopol mit einer Verstärkung der Sicherheitskräfte zurück zu gewinnen. Diese militärische Strategie zeigt sich im Anstieg der Verteidigungsausgaben seit dem Jahr 2002.[8] Mit diesem Vorgehen reagiert die Regierung auf das Segregationsstreben der FARC und forciert die Unterdrückung der militärischen Macht der Guerilla. Aus Sicht der Regierung bildet diese den Konfliktgegenstand. Mit ihrem militärischen Vorgehen gegen die FARC soll das staatliche Gewaltmonopol sichergestellt und die FARC zerschlagen werden.

Anders die Strategie gegenüber den Paramilitärs. Ihnen wurde unter der Regierung Uribe 2003 überraschend Friedensgespräche angeboten, mit dem erklärten Ziel, die Paramilitärs zu demobilisieren und Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Allerdings ist wenig über den Verlauf der Verhandlungen bekannt. Es wird vermutet, dass es sich hierbei um eine Legalisierung der Paramilitärs handelt, ohne dass sie für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden.

Ein weiteres Ziel der Regierung ist die Beendigung der Drogenökonomie, die sie mit militärischen Mitteln im Rahmen des Plan Colombia bekämpft.

Die Guerilla[9]: Die Ziele der FARC haben sich verändert. Sie galten zunächst der Unterstützung der bäuerlichen Selbstverteidigungsgruppen zur Zeit der Violencia. In den 1960er Jahren ging es vor allem darum, eine revolutionäre Agrarreform zur Verbesserung der Lebenssituation der ländlichen Bevölkerung durchzusetzen. Heute strebt die FARC eine Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage der Zivilbevölkerung an. Sie fordert ein politisches Mitspracherecht, die Auflösung des paritätischen Regierungssystems und Entwicklungsprogramme für ländliche Regionen.

Das Scheitern des Friedensprozesses unter Betancur und die Ermordung von etwa 2.500 Funktionären und Mitgliedern der UP hat die Vertrauensgrundlage für einen Friedensprozess langfristig zerstört und eine Stärkung der militärischen Ausrichtung der FARC bewirkt. Die Führungsstrukturen der FARC weisen eine hohe personelle Stabilität und Kontinuität auf.

Anders als in den ländlichen Regionen hat sie in den Städten jedoch nur eine marginale

[8] telesurtv 2009.

[9] Neben der FARC existieren noch eine Reihe anderer marginaler Guerillabewegungen, wie beispielsweise die ELN (Nationales Befreiungsheer). Im Unterschied zur FARC konzentriert sie sich auf den urbanen Bereich. Ihr Einfluss auf den Konflikt ist jedoch nicht maßgeblich.

politische Basis. Die FARC finanziert sich nun größtenteils über Drogenhandel sowie über Lösegeld, das sie mittels Entführungen erpresst. Die Mitgliederzahlen bewegen sich nach Schätzungen zwischen 9.000 und 11.000 bewaffneten Männern und Frauen, welche im Guerillakampf zum Einsatz kommen. Die Formen der Gewalt sind Strategien der subversiven Kampfführung, d.h. Terrorakte und Entführungen. Die Strukturen der Auseinandersetzung zwischen der FARC der Regierung und den Paramilitärs zeichnen sich durch Unterschiede hinsichtlich der Militärtechnologien, Strategie, kriegsrelevanten Ressourcen und der Ausbildung des militärischen Personals aus, womit sie den von Münkler beschriebenen Strukturen der „Neuen Kriege" entsprechen.[10]

Die Paramilitärs: Bei der Bildung diverser paramilitärischen Gruppierungen, die seit 1997 in der AUC zusammengeschlossen sind, hatte die kolumbianische Regierung eine entscheidende Rolle. Auf Anraten der amerikanischen Regierung legalisierte die Regierung in den 60er Jahren paramilitärische Gruppierungen und leitete dadurch eine bis heute wirkende Informalisierung der staatlichen Sicherheitspolitik ein. Die dauerhafte Existenz von paramilitärischen Gruppen resultiert und reagiert auf ein geschwächtes staatliches Gewaltmonopol. Sie werden stark, da der Staat die Sicherheit der Bevölkerung nicht gewährleisten kann und schwächen so das staatliche Gewaltmonopol.
Im städtischen Bereich geht die Entstehung paramilitärischer Gruppen auf Jugendbanden zurück, die einzelne Stadtteile kontrollieren und regionale Vorherrschaften erlangen wollen. Sie finanzieren sich durch Klein- oder organisierte Kriminalität. In ländlichen Gebieten entstanden sie meist als Reaktion regionaler „Eliten" auf Demokratisierung- und Dezentralisierungsprozesse in den 1980er Jahren. Die „Eliten" sahen ihre traditionelle Herrschaftsposition gefährdet und wollten den Einfluss von Guerillagruppen in ihrer Region zurückdrängen.
Ihrem Selbstverständnis zufolge, geht es den Paramilitärs einzig um die Selbstverteidigung gegen die Guerilla. Ihr Kampf richtet sich nicht gegen den kolumbianischen Staat oder gegen das politische und wirtschaftliche System Kolumbiens. Daher betrachten sie ihr Verhalten nicht als kriminell, sondern als legitim und lehnen folglich die Rückgabe illegal erworbener Güter sowie die strafrechtrechtliche Verfolgung ihrer Handlungen ab.
Die Paramilitärs wollen den militärischen Triumph über die Guerillabewegung. Sie wollen aber auch die Machtschwäche des kolumbianischen Staates kompensieren. An der Drogenökonomie haben sie aus wirtschaftlichen Gründen ein Interesse.

[10] Münkler 2002.

1.4 Friedensfördernde und –hindernde Faktoren

Innerhalb Kolumbiens existieren auf struktureller und politischer Ebene zahlreiche Antriebskräfte des Konflikts. Der wohl wichtigste Konfliktmotor ist die Drogenökonomie, aus der sich sowohl die FARC, wich auch die Paramilitärs finanzieren. Auch die Regierung profitiert vom Drogenhandel.[11]

Die enorme soziale Ungerechtigkeit sowie Gewalt und Korruption fördern den Zustrom der Bevölkerung zu den einzelnen Konfliktparteien. Weiterhin hat die starke Einmischung der USA innerhalb der Drogen- und Terrorismusbekämpfung die militärischen Möglichkeiten des Staates erheblich erweitert und somit auch das Kräfteverhältnis beeinflusst. Die Schwäche der Rechtsstaatlichkeit führt dazu, dass die Regierung Uribe jenseits der Gewalt keine anderen Mittel sieht, um die Regierungsfähigkeit zu bewahren. So bleibt die Regierung weiterhin ein Teil des Konfliktes und unfähig ihn friedlich zu lösen.

Dennoch gibt es auch Faktoren in Kolumbien, die deeskalierend wirken und potentiell zu einer Konflikttransformation im Sinne der Einleitung eines Friedensprozesses führen können. Kolumbien ist beispielsweise eine der ältesten Demokratien sowie eines der ressourcenreichsten Länder der Welt. Das Engagement vieler internationaler und nichtstaatlicher Akteure und Kolumbianer bietet Potentiale an bestehenden Initiativen zur friedlichen Konfliktbearbeitung anzuknüpfen und diese zu fördern.

1.4.1 Friedensfördernde und –hindernde Faktoren innerhalb des kolumbianischen Nationalstaats

Friedensfördernd wirkt sich die offensichtlich in der Bevölkerung wachsende Ablehnung und Skepsis gegenüber der Guerilla, vor allem gegenüber der FARC, aus, womit ihr zumindest teilweise der gesellschaftliche Rückhalt genommen wird. Der überwiegende Teil der Zivilbevölkerung ist des Kampfes zwischen den Parteien und dessen Folgen überdrüssig.

Auch gibt es Erfahrungen mit Friedensprozessen, an die angeknüpft werden kann. So erfolgte unter dem ehemaligen Präsidenten Belisario Betancur (1982-1986) ein erster Friedensprozess mit der Guerilla. In seine Amtszeit fielen die Aufhebung des Ausnahmezustandes, eine

[11] Zienecker 2005, S. 3.

Generalamnestie für politische Gefangene, das Einsetzen einer kolumbianischen Friedenskommission, Dialogangebote an die Guerilla sowie ein umfassendes Sozialprogramm, welches den Wohnungsbau beschleunigt und Bildungsmöglichkeiten für sozial schwächere Bevölkerungsschichten anbietet. Auch wenn die derzeitige Regierung keinen Gebrauch davon macht, kann die weiterhin existierende nationale kolumbianische Friedenskommission eine wichtige Ressource für einen erneuten Friedensprozess werden.
Wie die Reformen Betancurs gehört auch die neue Verfassung aus dem Jahre 1991 zu den friedensfördernden Faktoren, weil sie die sozialen Rechte, die wirtschaftlichen Freiheiten sowie die Partizipationsmöglichkeiten vergrößert. So werden nach der neuen Verfassung fast alle politischen Ämter durch Volksentscheid besetzt.

Friedenshindernd zeigt sich die Anwendung der Gewalt von Seiten der Regierung. Auch wenn sie damit dem Frieden dienen will, so wird diese Wirkung doch nicht erzielt. Im Gegenteil, die Bevölkerung wird durch das aggressive Vorgehen der Regierung eingeschüchtert, im schlimmsten Falle fördert die Regierung dadurch sogar den Zulauf zur Guerilla. Die Schwäche der Rechtsstaatlichkeit und die Schaffung neuer Gewaltpotentiale durch die Stärkung des kolumbianischen Militärs und dessen rigoroses Vorgehen, führen zu einer Eskalation der Konflikte. Die Asymmetrie der Gewaltpotentiale zwischen Staat und Guerilla führt zu den bereits genannten „Neuen Kriege“ die zeitlich entgrenzt sind, das heißt durch vergleichsweise ruhige Zeiten unterbrochen werden, in denen Regeln der Kriegsführung nicht mehr zu erkennen sind und ein baldiges Ende nicht absehbar ist.
Friedenshemmend wirkt auch die Drogenökonomie, von der nicht nur die Guerilla und die Paramilitärs, sondern auch die Regierung profitiert. Zudem stabilisiert die Drogenökonomie den Krieg,[12] da sie zur Schattenökonomie gehört, illegal operiert und folglich illegalen Schutz benötigt.[13]
Auch die wachsende soziale Ungleichheit und das Ausbleiben einer tiefgreifenden Landreform stehen einer Konfliktlösung entgegen. Obwohl Kolumbien zu den ressourcenreichsten Nationen Südamerikas zählt, wird die Kluft zwischen Arm und Reich seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend größer. Schätzungen zufolge verfügen lediglich 10 Prozent der Bevölkerung über 46,5 Prozent des Einkommens. Die ärmsten 10 Prozent des Landes verfügen hingegen nur über 0,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Mit einem Gini-

[12] Zienecker 2004, S. 3.
[13] Zienecker 2004, S. 11.

Koeffizienten[14] von 57,6 Prozent bzw. 0,576 Punkten lässt sich Kolumbien mit sub-saharischen Staaten vergleichen.[15]

Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass der Staatsbildungsprozess zwar formal abgeschlossen ist, praktisch aber nie gänzlich umgesetzt wurde. Offensichtlich wird dies bei Betrachtung der Verfassungswirklichkeit, z.B. in der Diskrepanz zwischen der in der Verfassung garantierten Menschenrechten und der hohen Verbrechensrate bei geringer Aufklärungsrate.

Ein weiterer friedenshindernder Aspekt ist die Politik Uribes, welche sich durch massive Militarisierung auszeichnet. Sie fördert Gegengewalt, Unterdrückung und die Tatsache, dass die FARC von der Regierung nicht als gesellschaftlicher Akteur wahrgenommen wird.

1.4.2 Friedensfördernde und –hindernde Einflüsse der internationalen Politik

Der Bezug Deutschlands zum Konflikt

In der Präambel des Grundgesetzes der BRD verpflichtet sich Deutschland „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. An diesen Grundsatz ist sie auch in ihrer Kolumbienpolitik gebunden. Eine langjährig traditionelle Freundschaft verbindet Kolumbien und Deutschland miteinander, die sich durch verschiedene Abkommen, beispielsweise das Handelsabkommen vom 9. November 1957, darstellt.[16] Auch stehen Deutschland und Kolumbien politisch, wirtschaftlich und kulturell in einer freundschaftlichen Beziehung zueinander. So setzt sich die Bundesregierung für die Verlängerung der EU-Handelspräferenzen und die Öffnung des europäischen Marktes für bestimmte Importprodukte Kolumbiens ein.

Die Bundesregierung verfolgt aber auch eigene wirtschafts-politische Interessen, denn Deutschland stellt innerhalb der EU Kolumbiens größten Handelspartner dar. Weiterhin besteht ein reger kultureller Austausch über Universitätspartnerschaften sowie eine entwicklungs-politische Zusammenarbeit.

Friedensfördernd wirken sich die seit 1958 bestehenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den beiden so genannten Partnerländern aus. Bei den

[14] Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß, das den Wert an im Land vorherrschender Ungleichheit ausdrückt. Der Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, wobei Werte, die näher an 1 sind höhere Ungleichheit aufzeigen.
[15] Kurtenbach 2007, S. 11.
[16] Auswärtiges Amt (2009).

Regierungsverhandlungen zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit 2005 wurden die Schwerpunkte Friedensentwicklung und Krisenprävention sowie Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen vereinbart. Zu diesem Zweck unterstützt Deutschland Kolumbien verbindlich von 2007 bis 2010 mit 17,5 Mio. Euro Entwicklungshilfe.[17]

Ferner sind durch Universitätspartnerschaften, Stipendien, den Austausch von Studierenden, -DozentInnen, -WissenschaftlerInnen und -Fachpersonal, sowie durch institutionalisierte Kulturveranstaltungen viele soziale und kulturelle Verbindungen zwischen den Gesellschaften der BRD und Kolumbiens entstanden.

Im Rahmen des Schwerpunktes der Friedensentwicklung und Krisenprävention ist die BRD in den Bereichen Justizreform und justizielle Korruptionsbekämpfung aktiv tätig. So unterstützt das Auswärtige Amt mit dem Projekt *ProFis* ein kreatives Projekt der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), das Verbrechensaufklärung mit dem Versuch kombiniert, einen nationalen Versöhnungsprozesses einzuleiten. In mobilen Anhörsälen, PKWs ausgestattet mit moderner Satellitentechnik, können Opfer auch fern des Gerichtssaals, Aussagen geständiger Täter verfolgen und sogar in die Verhandlung eingreifen, sofern die Darstellung des Angeklagten fehlerhaft ist. Gleichfalls leistet *ProFis* mit einem juristischen Expertenteam Unterstützung für die kolumbianischen Staatsanwaltschaft und Beihilfe zur Opferidentifizierung.

Weiterhin werden durch monetäre Leistungen Programme zur friedlichen Konfliktbearbeitung und Konfliktprävention unterstützt. Mithilfe der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) wird in diesem Zusammenhang das Projekt Convivencia (Zusammenleben) finanziert, welches unter unbedingtem Einbezug der Bevölkerung Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und des Wohnumfeldes konzipiert und realisiert. Zudem werden Projekte zur Bildung und zur Freizeitgestaltung sowie Workshops zu Themen der friedlichen Konfliktlösung und Konfliktprävention ausgearbeitet und angeboten. Ferner werden Beratungsstellen für Gewaltopfer aufgebaut und betrieben.

Der Schwerpunkt Umweltpolitik, Umweltschutz und nachhaltiger Gebrauch natürlicher Ressourcen geht zumindest indirekt auf die wesentlichen Konfliktursachen ein. Seine Relevanz für die Konfliktentwicklung ist nicht nur aufgrund des allgemeinen Klimawandels offensichtlich, sondern auch aufgrund der besonderen Konfliktkonstellation in Kolumbien, seitdem die schwerwiegenden ökologischen Folgen der Aktionen des Plan Colombia bewusst geworden sind. Vor allem das Besprühen der Kokafelder durch das Militär hat Gesundheits-

[17] BMZ 2009.

und Umweltschäden, Abwanderung, soziale Konflikte und Armut hervorgebracht.
Neben der Bundesrepublik Deutschland agieren und engagieren sich auch zahlreiche deutsche Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen im Bereich der Friedens- und Menschenrechtserziehung sowie in der Not- und Flüchtlingshilfe in Kolumbien vor Ort sowie in Deutschland.

Friedenshindernd hingegen wirkt sich aus, dass die genannten friedensfördernden staatlichen und nicht-staatlichen Projekte an Wirkung einbüßen, da die materiellen Leistungen wie auch die Zusammenarbeit nicht systematisch beobachtet und die Erfahrungen nicht ausreichend ausgewertet werden. Mit einer effektiveren Evaluierung könnten Ziele klarer bestimmt und das Vorgehen verschiedener Projektträger besser aufeinander abgestimmt werden.

Der Bezug der EU zum Konflikt

Die europäische Union hat sich mit ihrer Charta der Grundrechte verpflichtet, gemeinsame Normen und Interessen zu wahren, die internationale Zusammenarbeit zu fördern, sich der Einhaltung der Menschenrechte zu widmen, Rechtsstaatlichkeit zu stärken sowie Frieden zu erhalten und zu stiften.[18] Sie befindet sich seit mehr als zehn Jahren in einer biregionalen Partnerschaft mit den Andenstaaten. Ausdruck hierfür sind beispielsweise regelmäßigen Gipfeltreffen mit der EU, die sog. Lateinamerika-Gipfel (LAK). Neben der engen politischen- und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und der EU besteht auch ein wissenschaftlich-technologischer Austausch. Da die EU nach den USA der zweitwichtigsten Handelspartner Kolumbiens ist, hat sie ein Interesse an einer Verbesserung der kolumbianischen Verhältnisse und am Ausbau des wirtschaftlichen Entwicklungspotentials.

Friedensfördernd wirkt sich die seit 1999 bestehende Partnerschaft zwischen Kolumbien und der EU aus. Bei den regelmäßigen Gipfeltreffen werden die Gemeinschaft betreffende politische sowie globale Fragen behandelt und gemeinsame Ziele der biregionalen Beziehungen hinsichtlich Assoziierungs- und Partnerschaftsabkommen diskutiert sowie die

[18] Europäische Kommission (2000).

Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) beraten. Grundlagen dieser Zusammenarbeit sind die Wahrung demokratischer Regeln und Einhaltung der Menschenrechte. Leitgedanken in der EZ beschäftigen sich mit der Förderung sozialer Kohäsion und regionaler Integration, um diese Grundsätze zu fördern. Zugleich ist die EU mit 2,69 MRD Euro, im Zeitraum von 2007 bis 2013, nach den USA der größte Geldgeber in der EZ. Im Rahmen des Allgemeinen Zollpräferenzsystems und der Kooperationsabkommens gewährt die EU auch Kolumbien Zollbegünstigungen. Im Gegenzug hat sich Kolumbien zur Ratifizierung und Einhaltung bestimmter internationaler Konventionen zum Schutz von Menschenrechten, der Umwelt und zur guten Regierungsführung verpflichtet.
Die EU unterstützt unter dem Aspekt ‚Regionalentwicklung für Frieden und Stabilität' mit 28 Mio. Euro drei *laboratorios de Paz* (Friedenslabore). In diesen Friedensinitiativen werden regionale Friedens- und Entwicklungsprogramme konzeptionell entworfen und praktisch umgesetzt. Ihr Ziel ist es, insbesondere lokale Kooperationen zu unterstützen. Ein Beispiel ist das Friedenslabor *Magdalena Medio*. Es versucht ehemaligen Drogenbauern die Attraktivität legaler Tätigkeiten aufzuzeigen, indem es andere landwirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten und den Vertrieb der Produkte finanziell unterstützt und rechtlich absichert. Weitere friedensfördernde Aktivitäten *Magdalena Medios* liegen in Investitionen in die Trinkwasserversorgung und in den Ausbau der Infrastruktur, wie z.B. in die Kanalisation und Schulreparaturen.
Ebenfalls positiv zu bewerten ist die kritische Haltung der EU gegenüber dem *Plan Colombia*.

Friedenshindernd wirkt sich die Tatsache aus, dass auch bezüglich der EU eine Lücke hinsichtlich der Evaluierung konfliktbezogener Leistungen und Konzeptionen und damit eine konzeptionelle Unterentwicklung der Entwicklungszusammenarbeit besteht.
Das Kooperationsabkommen mit den Andenstaaten beinhaltet die Stabilisierung der Staaten, die regionale Integration und zugleich Themen wie Armutsbekämpfung und Förderung nachhaltiger Entwicklung. Bereits im Jahr 2003 unterzeichnet, soll es (erst) im Laufe des Jahres 2009 ratifiziert werden. Da es der Andengemeinschaft bisher jedoch nicht gelungen ist, sich auf ein gemeinsames Angebot zu einigen, stagnieren die Assoziierungsverhandlungen im Bereich des Handels. Ebenso hat der letzte EU-LAK-Gipfel 2008 in Lima ohne konkrete Ergebnisse geendet. Trotz mehrerer bestehender Deklarationen begleiten die Kooperationsabkommen offenbar kaum Handlungen bzw. Wirkungen.

Der Bezug der USA zum Konflikt

Die USA und Kolumbien sind nicht nur aufgrund ihrer regionalen Nähe traditionell, kulturell und historisch miteinander verbunden. Auch politisch und wirtschaftlich stehen sie in einer engen Beziehung zueinander, beispielsweise über die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die Andengemeinschaft (CAN) sowie den Plan Colombia. Aufgrund dieser Verbindungen müssten die USA an einer Konfliktbeilegung interessiert sein.

Friedensfördernd wirken sich die Handelsverflechtungen aus. Die USA sind Kolumbiens bedeutendster Handelspartner. So sind sie mit über 35 Prozent Hauptabnehmer kolumbianischer Exporte, während Kolumbien wiederum mit über 26 Prozent ein bedeutender Importeur US-amerikanischer Waren ist. Unter ihrem 2008 neu gewählten Präsidenten Barack Obama führt die USA Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen, das neben Zollbegünstigungen auch die Regelung von Arbeits- und Umweltstandards berücksichtigen soll und wirtschaftlichen Wohlstand in Kolumbien fördern könnte. Die Ratifizierung des Abkommens soll noch 2009 abgeschlossen werden.

Friedenshindernd hingegen wirkt sich aus, dass im Rahmen der finanziellen Unterstützung zur Stabilisierung des Landes die USA zwar die größten Geber an Kolumbien sind, allerdings beschränkt sich diese bisher hauptsächlich auf den militärischen Sektor. Für das gemeinsame Ziel der Bekämpfung der Drogenökonomie sind die USA und Kolumbien durch den Plan Colombia seit 1999 im „Plan für den Frieden, den Wohlstand und die Erneuerung des Staates“ miteinander verbunden. Dieses Bündnis hat die Armee für den polizeilichen Einsatz legitimiert. Er führte durch Militärhilfe der USA aber vor allem zu einer Militarisierung der kolumbianischen Gesellschaft, zu exorbitanten kolumbianischen Militärausgaben und insbesondere zu Umweltschädigungen. Die Folgen für die Bevölkerung und Ökologie sind verheerend und stehen den Zielen von Frieden, Wohlstand und Erneuerung des Staates diametral entgegen.

1.5 Andere wichtige Akteure, NGO´s, Friedensgemeinden und Friedensinitiativen

Die Verfassungsänderung von 1991 gilt als Initialzündung von zivilgesellschaftlichem Engagement in Kolumbien. Diese Modernisierung räumte der Zivilgesellschaft mehr

Partizipation an politischen Entscheidungen ein. Zwar entstanden die für Lateinamerika so typischen Unterschiede zwischen Formalverfassung und Realität, jedoch konnte dies das Erstarken der Zivilgesellschaft nicht verhindern. Eine Reihe von Organisationen, die bis heute aktiv sind, haben ihren Ursprung in den frühen 90er Jahren.

Mittlerweile finden sich eine beachtliche Anzahl nationaler und internationaler Organisationen und Initiativen in Kolumbien, die das Ziel haben, den Konflikt gewaltfrei zu lösen. Vor allem die mehr als 300 nationalen NGO´s[19] dokumentieren sehr gut, dass es innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft den entschiedenen Wunsch nach Frieden und einem Leben fernab von täglicher Gewalt, Elend und Zerstörung gibt. Doch ist ihre Arbeit sehr schwierig, da sie oft das Ziel gewaltsamer Unterdrückung werden.

Im Rahmen dieses Dossiers können die NGO´s und deren Projekte nur exemplarisch vorgestellt werden, eine ausführlichere Auflistung von nationalen und internationalen NGO´s befindet sich im Serviceteil. Die folgende Darstellung soll das Potenzial und die Kreativität dieser zivilgesellschaftlichen Kräfte darlegen, auf die Schwierigkeiten ihrer Arbeit sowie die Gefährdungen hinweisen. Auf einige der vorgestellten Organisationen und Projekte wird auch im Abschnitt über konkrete Handlungsempfehlungen zur Herbeiführung einer Konflikttransformation[20] zurückgegriffen werden.

Interessant ist die Arbeitsweise der *peace brigades international* (pbi) in Kolumbien. Sie bilden internationale Freiwilligenteams, die durch ein weltweites Alarmnetz abgesichert sind und als Schutzschilde für jede Organisation dienen, die sich gewaltfrei für Menschenrechte einsetzt. Mit diesem Begleitungskonzept will *pbi* die Zivilgesellschaft nachhaltig stärken. Ihre Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, ihre jeweiligen Ziele und mögliche Konfliktlösungsmöglichkeiten zu formulieren. Die *pbi* verfolgt keine bestimmten politischen oder religiösen Ausrichtungen und sieht sich als unabhängiger Akteur. Die Grundsätze sind Gewaltfreiheit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Nichteinmischung. Ein aktiv-werden der *pbi* findet nur statt, wenn sie von nationalen Organisationen angefragt werden. Seit ihrer Gründung im Jahr 1981 arbeiteten *pbi* in zwölf Ländern auf der ganzen Welt, wobei sie 2008 gleichzeitig in sechs Ländern aktiv war.[21]

In Kolumbien ist *pbi* seit dem Jahr 1994 tätig. Im Jahr 2008 arbeiten rund 40 Freiwillige aus verschiedenen Ländern der ganzen Welt in Kolumbien. Eines der prominenten Projekte

[19] Hörtner 2007, S. 178.

[20] Der Begriff der Konflikttransformation lehnt an die von Johan Galtung entworfene Transcend-Methode an. Dabei geht es darum, den Konflikt auf eine Ebene zu transformieren, die es den Konfliktparteien ermöglicht, bestehende Grenzen zu überwinden und gemeinsam nach kreativen Konfliktlösungsmöglichkeiten zu suchen.

[21] pbi Deutschland (o.J.).

bezieht sich auf den Schutz der Friedensdörfer[22] von San José de Apartado. Diese Friedensgemeinde wurde im Jahr 1997 von ca. 1300 Landarbeitern und Vertriebenen gegründet. Sie leben nach der Maxime kein Alkohol, keine Waffen, keine Einmischung in den Konflikt und gegenseitige Unterstützung. Trotz der Aufforderung durch den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte an die kolumbianische Regierung, für deren Schutz zu sorgen, und trotz des Schutzes durch *pbi*, kam es zu mehr als 160 Toten seit der Gründung.[23]

Gegenwärtig gibt es etwa dreißig sog. Friedensgemeinden in Kolumbien. Die Tatsache, dass einige von ihnen sich Widerstandsdörfer nennen, weist darauf hin, dass es kein Einheitsmodell dieser Dörfer gibt. Gemein ist allen Dörfern jedoch, dass sie nicht in den bewaffneten Konflikt einbezogen werden wollen. Oftmals verlangen die Guerilla oder Paramilitärs, dass sich die Bauern der Gemeinden auf deren Seite stellen und ihnen beispielsweise Lebensmittel zur Verfügung stellen. Damit sind sie jedoch in den Augen der anderen Seite Kollaborateure und werden somit deren Ziele. Die Friedensgemeinden versuchen, diesem Dilemma durch den Verzicht auf Gewalt und jegliche Zusammenarbeit mit kämpfenden Akteuren zu entkommen. Sie beziehen sich hierbei auf das ihnen zustehende Recht des Genfer Menschenrechtsabkommens. Danach genießt die Zivilbevölkerung den allgemeinen Schutz vor Kampfhandlungen. Außerdem verlangt das Abkommen von den Kriegführenden Parteien, dass die Zivilbevölkerung nicht zum militärischen Ziel erklärt werden darf. Auch die kolumbianische Verfassung verlangt den Schutz der Zivilbevölkerung. Eine stärkere Koordination zwischen den Gemeinden und ein Engagement der kolumbianischen Regierung für deren Schutz wären wichtige Schritte zur Stärkung dieser Initiativen und könnten dazu beitragen, dass Menschen erfahren, was es heißt, ohne Angst vor Gewalt zu leben und zu arbeiten.

Neben dem Versuch, sich gänzlich aus dem Konflikt herauszuhalten, bemühen sich die meisten Friedensgemeinden darum, umweltfreundlich zu leben und die natürlichen Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Entscheidungen werden dabei grundsätzlich basisdemokratisch getroffen, Arbeit und Lohn werden solidarisch geteilt. Immer wieder werden neue kreative Ideen zur weiteren Implementierung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements entwickelt. Jüngste Idee ist eine Universität der Friedensgemeinden, welche die Bildungschancen der nachfolgenden Generationen erhöhen soll. Das Beispiel zeigt, dass

[22]Die pbi ist nicht die einzige Organisation, welche die Friedensgemeinden unterstützt. Die Menschenrechtsorganisation ANDAS sowie das Jesuiten Institut CINEP starteten direkt nach der Gründung der ersten Friedensgemeinden mit Workshops zu neutralen Zonen und deren Möglichkeiten der friedlichen Existenz.
[23] Amnesty International, Kolumbien (o.J.).

kreative Ideen und Potenzial für mögliche Kooperationen zu deren Umsetzung vorhanden sind.

Friedensgemeinden, oft auch Friedensdörfer genannt, die versuchen an der Basis der Gesellschaft eine positive Konflikttransformation zu erreichen, indem sie die konkrete Utopie des Friedens unter widrigen Bedingungen leben, haben ihre Schwäche in der Tatsache, dass sie immer wieder von der Realität eingeholt werden. Sie werden überfallen und von paramilitärischen Gruppierungen bedroht. Die Regierung Uribe hat ihnen wiederholt Nähe zu Guerillagruppen vorgeworfen, was mit einem Freibrief für die Paramilitärs und die Armee gleichzusetzen ist. Weil viele der Gemeinden in Regionen liegen, die reich an Bodenschätzen und Ackerland sind, oder in Regionen, durch die Autobahnen gebaut werden sollen, vertreiben die Paramilitärs die Bewohner, eignen sich deren Besitz an und verkaufen diesen lukrativ.

Um der Landenteignung und der Gefährdung der Friedensgemeinden entgegen zu wirken, ist es wichtig, eine Einsicht seitens der Regierung zu schaffen, die Friedensgemeinden und andere zivilgesellschaftlichen Kräfte politisch zu akzeptieren und die Paramilitärs nicht weiter zu unterstützen. In den vorangegangenen Friedensprozessen war diese Einsicht zumindest teilweise gegeben. Vor allem unter der Präsidentschaft Betancurs wurden gesellschaftliche Gruppen in den Friedensprozess miteinbezogen. Zahlreiche Bewegungen gegen die alltägliche Gewalt und für den Frieden sind entstanden. Zu ihnen gehört die kolumbianische Frauenbewegung (ruta pacífica de las mujeres) oder das Netzwerk für den Frieden und gegen den Krieg (redepaz). Dieses Netzwerk ist es auch, welches 1997 das ´Bürgermandat für den Frieden´ entwickelte und alle Akteure des Konflikts dazu aufrief, eine dauerhafte Friedenslösung zu suchen. Der Aufruf wurde von zehn Millionen Menschen unterzeichnet, inklusive von dem späteren Präsidenten Pastrana. Die Friedensbemühungen seiner Regierungszeit gründen sich somit zumindest teilweise auf zivilgesellschaftliches Engagement.

Die Initiative *futbol por la paz*[24], ist ein weiteres erfolgreiches Beispiel für den Versuch, Gewaltfreiheit und faire Verhaltensweisen zu erlernen. Das Fußballprojekt hat seinen Ursprung in Medellín. Die Stadt war in den 1980er und 1990er Jahren eine Hochburg der

[24] Futbol por la paz wurde durch die Berichterstattung von peace counts international bekannt. Hierbei handelt es sich um ein interdisziplinäres Projekt, dass Antworten auf die Frage sucht, wie Frieden umzusetzen ist. Sie berichten dabei von weltweiten Initiativen und Projekten. So soll die Botschaft übermittelt werden, dass Frieden möglich ist. Dabei ist es vor allem wichtig, die charismatischen Persönlichkeiten der Initiativen vor Ort ins Rampenlicht zu stellen. Dies geschieht durch multimediale Aufmerksamkeit, sowie durch die Bereitstellung von friedenspädagogischem Lehrmaterial.

kolumbianischen Drogenkartelle und wird vor allem mit dem Namen des durch Drogenhandel reich gewordenen Pablo Emilio Escobar in Verbindung gebracht. Mittlerweile bessert sich der Ruf der Stadt durch zahlreiche urbane Projekte wieder. Das erfolgreiche *el golombiao*[25] Projekt ist Teil dieser Trendwende. Neben den gewöhnlichen Fußballregeln sind hierbei unkonventionelle Regeln wichtig. So spielen pro Team mindestens zwei Mädchen mit, wovon eine das erste Tor schießen muss. Auch werden Fairnesspunkte in die Wertung des Spieles miteinbezogen. Die ersten Spiele wurden in den Armenvierteln Medellíns ausgetragen. Nicht selten spielten eigentlich verfeindete Banden gegeneinander, die zum ersten Mal lernten, dass sich respektvolles Umgehen auszahlt. Mittlerweile wird das Projekt von der kolumbianischen Regierung unterstützt und ist auch im internationalen Netzwerk *Streetfootbolworld* vertreten. Landesweit gibt es 1600 Mannschaften und etwa 17.000 Spieler.[26] Der Ertrag dieser Initiative besteht in dem Lernen eines friedlichen Miteinanders durch Zusammenspielen mit fairen, vorher festgelegten Regeln.

Auf deutscher Seite fällt vor allem der Verein *kolko e.V.* ins Auge: Durch zahlreiche Berichte und Analysen werden vor allem an die Bundesregierung Forderungen zur besseren Überwachung der Menschenrechte in Kolumbien gestellt. Des Weiteren dokumentiert die umfangreiche Linksammlung der Internetpräsenz die gute Vernetzung von kolko e.V.

2. Ziele ziviler Konfliktbearbeitung

Bei der Entwicklung einer Strategie zur zivilen Konfliktbearbeitung kann das Zivilisatorische Hexagon von Dieter Senghaas[27] helfen, um den komplexen Herausforderungen gerecht zu werden, die sich aus der Konfliktanalyse ergeben. Das von Senghaas theoretisch und empirisch erarbeitete Zivilisierungsprojekt folgt der Maxime *si vis pacem para pacem* – wenn du Frieden willst, so bereite dich darauf vor.[28] Es beinhaltet sechs Dimensionen, die sich zur Konfiguration als Zivilisatorisches Hexagon verbinden. Diese sind: Entprivatisierung von Gewalt, unabhängige rechtsstaatliche Kontrollinstanzen, innergesellschaftliche Abhängigkeit,

[25] Bezeichnung für das beschriebene Projekt. Setzt sich aus gol (Tor) und colombia (Kolumbien) zusammen.
[26] Institut für Friedenspädagogik 2009.
[27] Senghaas 1995, S. 198.
[28] Der Ausspruch ist eine Umkehrung des lateinischen Sprichworts Si vis pacem para bellum – Wenn du Frieden willst, so rüste zum Krieg. Diese Negierung drückt den Wunsch der Friedensforschung aus, den Krieg als Institution abzuschaffen.

Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen, soziale Gerechtigkeit und eine gewaltfreie, politische Konfliktkultur. Mit Hilfe dieser sechs Dimensionen lässt sich zeigen, wie breit und arbeitsteilig Versuche zur konstruktiven Konfliktbearbeitung angelegt sein müssen.
Die Konfiguration der sechs Dimensionen des Friedens orientiert sich an europäischen Erfahrungen. Die Übertragbarkeit auf lateinamerikanische Bedingungen mag umstritten sein. Gleichwohl lassen sich mit Hilfe dieser Figur fünf Ziele ziviler Konfliktbearbeitung für Kolumbien erkennen:

2.1 Entprivatisierung von Gewalt – Stärkung der Rechtsstaatlichkeit

Die Herausbildung der ländlichen Widerstandsbewegungen (beispielsweise FARC) und die teils von Großgrundbesitzern, teils vom Staat selbst ins Leben gerufenen Paramilitärs sind Folgen einer mangelnden Präsenz des kolumbianischen Staates. Er verfügt nicht vollständig über ein Gewaltmonopol. Daher muss es Ziel sein, Gewalt zu entprivatisieren. Neben der Beteiligung aller Konfliktparteien an einem Waffenstillstandsabkommen und dem Beginn eines Dialogs ist die politische Stärkung der Akteure hierbei von zentraler Bedeutung. Ein weiteres Problem, das sich einer dauerhaften Gewährleistung des Gewaltmonopols in den Händen des kolumbianischen Staates entgegen stellt, ist die schwache Rechtsstaatlichkeit in Kolumbien. Es muss deshalb zusätzlich das Ziel sein, die Legitimität und das Ansehen der vorhandenen staatlichen Institutionen zu verbessern.
Die Verfassungsreform von 1991 hat eine pluralistische und partizipierende Demokratie festgeschrieben. Dazu gehören etwa das Recht auf Opposition zu den beiden etablierten Parteien oder die umfassende Garantie der Menschenrechte. Es besteht jedoch ein Widerspruch zwischen diesen in der Verfassung festgeschriebenen Rechten und der Verfassungsrealität: Kolumbien ist für hohe Korruption, geringe Aufklärungsquoten von Verbrechen, Drohungen gegenüber Richtern und Politikern und die Verletzung demokratischer Werte bekannt. Dagegen können nur Investitionen in Bildung, öffentliche Aufmerksamkeit und die Ausdehnung und Qualifizierung des kolumbianischen Justizapparates helfen. Kooperationen mit deutschen und europäischen Universitäten können dazu beitragen, die akademische Ausbildung angehender kolumbianischer Juristen zu verbessern.

2.2 Politische Kultur der Gewalt beenden

Die Etablierung einer friedlichen politischen Kultur in Kolumbien soll die Tradition der Gewalt durchbrechen und sie durch friedliche Konfliktaustragungsformen ersetzen. Integration und Partizipation sind dabei Schlüsselkonzeptionen. Ein Problem bei ihrer Umsetzung ist, dass der großen Zahl an gewaltbereiten Akteuren nur eine vergleichsweise geringe Zahl zivilgesellschaftlicher Kräfte gegenübersteht. Letztere sehen sich zusätzlich immer der Gefahr ausgesetzt, systematisch unterdrückt oder gar ermordet zu werden.
Neben der Stärkung der Zivilgesellschaft (vgl. nächster Abschnitt), muss es daher Aufgabe sein, auch die zur Zeit noch gewaltbereiten Akteure für den Friedensprozess zu gewinnen und ihnen deutlich zu machen, dass Gewalt kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein kann und sein darf. Die Ausgrenzung oder gar Auslöschung von Guerillagruppen oder Paramilitärs würde fatale Folgen für die politische Kultur im beschriebenen Sinne haben. Denn Gewaltakteure würden dies als Unrecht erfahren, sie sehen sich und ihre Handlungen durch breite Bevölkerungsschichten legitimiert. Entscheidend ist es also, auch ihnen eine Möglichkeit zur politischen Artikulation zu geben. Dies kann beispielsweise geschehen, indem sie eine eigene Partei gründen.
Zwar wirbt die jetzige Regierung unter Präsident Álvaro Uribe mit einem Wiedereingliederungsprozess der Paramilitärs. Einige internationale Organisationen kritisieren jedoch, dass dieser Prozess einseitig ist, die FARC also ausklammert und nicht konsequent erfolgt. Es ist notwendig, Transparenz herzustellen und die Maßnahmen durch ein nationales Gremium und durch internationale Beobachter zu begleiten und zu kontrollieren. Des Weiteren sind gemeinsame Erfolgserlebnisse, die durch die Ausarbeitung von gemeinsamen Zielvereinbarungen erreicht werden könnten, von enormer Wichtigkeit. Nur wenn die Akteure von ihrem eigenem Handeln überzeugt sind und den Wert für ihre eigenen Interessen sehen, wird es möglich sein, auf Dauer eine politische Kultur der friedlichen Konfliktaustragung zu etablieren.

2.3 Zivilgesellschaft stärken

Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist eine enorm wichtige Aufgabe bei der Etablierung einer friedlichen politischen Kultur in Kolumbien, da sie Träger dieser Kultur sein muss. Hierbei kann auf die reichhaltige Erfahrung der vorgestellten Organisationen, Initiativen und

Institutionen zurückgegriffen werden.

Um die Zivilbevölkerung ausreichend stärken zu können, muss vor allem für deren Sicherheit gesorgt werden. Es ist wichtig, die bestehenden Engagements von beispielsweise *pbi* weiter auszubauen und so zum Schutz von Friedensdörfern beizutragen. Neben dem Erlernen von friedlichen Konfliktaustragungsformen sollen Hilfen zur nachhaltigen Nutzung der zahlreichen natürlichen Ressourcen gegeben werden. Die Bildungsangebote werden die Chancengleichheit der Bevölkerung in den ländlichen Regionen erhöhen. Die urbanen Zentren wie Bogota oder Medellín werden heute schon als Friedensinseln bezeichnet. Aufgrund von städtischen Projekten, die vor allem darauf abzielen, das Zusammenleben gerade in den armen Stadtvierteln zu verbessern, ist eine Atmosphäre des friedlichen Zusammenlebens geschaffen worden. Jedoch sind auch hier Verbesserungen möglich und notwendig. Dies gilt insbesondere für das Flüchtlingsproblem. Die schätzungsweise drei Millionen Binnenflüchtlinge[29] sorgen für großes Konfliktpotenzial innerhalb der kolumbianischen Gesellschaft. Das unerträgliche Leid der Flüchtlinge wird sehr häufig in der Öffentlichkeit nicht ausreichend wahrgenommen. Ein nationaler Aussöhnungsprozess zur Rehabilitation der Flüchtlinge muss Teil der Konfliktbearbeitung sein. Gerade in größeren Städten ist die Arbeit an der Überwindung von Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen und die Arbeit für ihre Integration dringlich. Für diese Flüchtlinge ist es wichtig, dass sie in einem ihnen wohl gesonnen Umfeld leben, damit sie eine Chance haben, ihre traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten.

2.4 Alternativen zur Drogenökonomie bieten

Die Drogenökonomie ist mittlerweile einer der maßgeblichen Faktoren für die Beschleunigung des Staatszerfalls Kolumbiens. Das Gewaltmonopol des Staates existiert nicht, solange Paramilitärs und Guerilla Schutzfunktionen für Kokabauern übernehmen und diese nach Belieben kontrollieren und ausnutzen können. Die Rechtsstaatlichkeit wird somit auch ausgehöhlt, da der Staat in diesen Gebieten quasi nicht vorhanden ist. Eine Affektkontrolle durch verlässliche und formelle Vereinbarungen zwischen Händlern und Produzenten ist nicht möglich. Selbstjustiz bei Missachtung von informellen Vereinbarungen liegt an der Tagesordnung. Deshalb muss es das Ziel ziviler Konfliktbearbeitung sein, Alternativen zur etablierten Drogenökonomie zu finden. Ein großes Problem ist die enorme

[29] Huck/ Schwarz 2007.

Höhe des Umsatzes, der in der Drogenökonomie erwirtschaftet wird. Schätzungsweise sind dies 3Mrd. US Dollar jährlich.[30] Nahezu alle Gewaltakteure sind in Drogengeschäfte verwickelt. Auch Teilen der Armee werden solche Verbindungen nachgesagt. Diese Verbindungen haben eine sich selbst stabilisierende Wirkung auf die Drogenökonomie. Keiner der Akteure hat ein ökonomisches Interesse daran, sie abzuschaffen. Um dieser Dynamik entgegenzuwirken, sind beträchtliche Anstrengungen konzeptioneller und finanzieller Art notwendig. So muss ein Ausgleich für die verarmte Landbevölkerung geschaffen werden, da diese derzeit keine Alternative zum Kokapflanzenanbau hat, um ihre Existenz zu sichern. Ein ziviler landwirtschaftlicher Aufbauplan, dessen Realisierung durch internationale Investitionen finanziert würde, wäre ein geeignetes Mittel. Anders als nach dem vor allem militärisch ausgerichteten Plan Colombia und seiner äußerst fragwürdigen Bekämpfung des Kokaanbaus durch groß angelegtes Besprühen von Anbauflächen, die auch über die Grenzen Kolumbiens hinausgehend vergiftet werden, würde dies zur nachhaltigen Entwicklung des Landes beitragen. Die große Biodiversität des Landes würde so erhalten und nutzbar gemacht werden.

2.5 Soziale Ungleichheit bekämpfen

Für die Etablierung eines stabilen kolumbianischen Staates ist es unerlässlich die soziale Frage zu beantworten. Die großen Einkommensunterschiede in Kolumbien und der Mangel an Bemühungen um soziale Gerechtigkeit bergen ein enormes Konfliktpotenzial in Kolumbien. Sie delegitimieren den Staat, da dieser der Erwartungshaltung der Bürger nicht gerecht wird. Ähnlich der Tradition der direkten Gewaltanwendung muss auch die Tradition der sozialen Ungleichheit durchbrochen werden. Eine Bodenreform kann hierbei für die ländlichen Regionen die Schlüsselfunktion einnehmen. Das zuvor genannte Ziel, Alternativen zur Drogenökonomie zu schaffen, spielt ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Überwindung der sozialen Ungleichheit. Insgesamt ist es jedoch wichtig, dass die breite Bevölkerungsmehrheit von dem wirtschaftlichen Wachstum mehr profitiert als bisher.
Alle vorgeschlagenen Ziele müssen miteinander verknüpft werden, wenn die Vision eines nachhaltigen Friedensprozesses Realität werden soll. Die nun folgenden

[30] Rütsche 2007.

Handlungsempfehlungen bauen direkt auf diesen Ziele auf.

3. Handlungsempfehlungen

3.1 Wahrnehmung der Staatsfunktion, Stärkung der Staatlichkeit

Die **nationalen Akteure Kolumbiens** müssen als wesentlicher Bestandteil im Zivilisierungsprozess darauf hinarbeiten, dass der kolumbianische Staat das Gewaltmonopol, dem alle anderen Akteure innerhalb Kolumbiens unterworfen sind, auf sich vereinen kann. Aber auch staatliches Handeln muss dem Recht unterworfen sein, welches durch die Gewaltenteilung garantiert wird. Das Gesetz verpflichtet den Staat zu rechtsstaatlichem Handeln, um die bürgerliche Selbstbestimmung vor regellosen Eigenmächtigkeiten und Machtmissbrauch des Staates zu behüten. Die Präsidialrepublik Kolumbien ist formal eine der ältesten Demokratien der Welt. Dennoch weist dieses System demokratische Defizite auf, die eine institutionelle Instabilität zur Folge hat und damit Konfliktursache und -motor ist.

Die **kolumbianische Regierung** muss das eigene Handlungspotential erweitern, was nur durch eine Stärkung des Justizsektors erreicht werden kann, und sie muss der Opposition mehr Partizipation im Sinne demokratischer Rechtsstaatlichkeit gewähren**.** Letztendlich dient dies der staatlichen Legitimität der Regierung. So können Differenzen der Konfliktparteien dialogorientiert auf eine politische Ebene transformiert und auf dieser thematisiert werden.
Das staatliche Verwaltungssystem und der Justizapparat sind nicht funktionell, sondern von Korruption durchzogen und (dadurch) wenig effektiv. Die juristische Leistungsfähigkeit ist so defizitär, dass sie Straflosigkeit so gut wie garantiert. Dies schädigt das Vertrauen der Bürger in das Rechtswesen und somit in den Staat. Damit wird die Tendenz zur Selbstjustiz verstärkt. Das bedeutet, dass eine Vergrößerung der politischen Partizipation von einer Bekämpfung der Korruption im Verwaltungs-, Justiz- und Staatsapparat begleitet werden muss, um eine wirksame Rechtsstaatlichkeit zu erlangen.
Um dieser Herausforderung gerecht werden zu können, muss Kolumbien die Hilfe internationaler Akteure in den Feldern der demokratischen Teilhabe, des staatlichen Gewaltmonopols und der rechtsstaatlichen Kontrolle in Anspruch nehmen.
Kolumbien sollte sich zur dauerhaften Teilnahme am Universal Periodic Review, einer regelmäßigen Überprüfung der Menschenrechtslage durch den UN-Menschenrechtsrat,

verpflichten. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Überprüfung kann dann ein nationaler Aktionsplan erarbeitet werden, um den aufgezeigten Defiziten entgegenzuwirken. Zusätzlich sollte die kolumbianische Regierung das Zusatzprotokoll zur UN-Konvention gegen Folter und das internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwinden lassen unterzeichnen. Die Regierung muss dementsprechend eine verfassungsmäßige Reform zur Herstellung politischer Stabilität und rechtsstaatlicher Kontrolle zum Abbau von Korruption und Menschenrechtsverletzungen einleiten.
Die Anstrengungen der Regierung zur Stärkung der staatlichen Präsenz auf dem gesamten Staatsgebiet, sollten weniger militärisch und nicht allein polizeilich erfolgen, sondern es muss vielmehr auch signifikant in die Präsenz der staatlichen Institutionen und des öffentlichen Dienstes (Richter, Schulen, Krankenhäuser, Infrastruktur) investiert werden. In diesem Kontext sollten regelmäßige staatlich initiierte Kurse bzw. Diskussionen in Staatsbürgerkunde an Schulen, Universitäten und in den Medien stattfinden, um damit die Zivilgesellschaft über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären.
Die Regierung muss den Kampf gegen die Drogenproblematik intensiv betreiben, da Drogenökonomie und mit dieser in Zusammenhang stehenden Organisierten Kriminalität staatliche Strukturen durch eine Korruptionswirtschaft infiltrieren.

Die **paramilitärischen Gruppierungen** müssen sich im Zuge des Demobilisierungsprozesses entmilitarisieren und dazu bereit erklären, illegal erworbene Ländereien und Güter an ihre ursprünglichen Besitzer zurückzugeben oder entsprechend für deren Entschädigung aufzukommen.

Die FARC muss sich dazu bereit erklären, auf Gewalt zu verzichten und als verfassungsmäßiger politischer Akteur im politischen Prozess zu fungieren, um auf dieser Ebene ihre Konfliktthemen zu thematisieren. Damit sie als politische Partei im politischen System anerkannt wird, muss sich die FARC dem staatlichen Gewaltmonopol unterwerfen und entmilitarisieren.

Die **Bevölkerung Kolumbiens** muss sich ihren verfassungsmäßigen Rechten entsprechend verhalten. Das bedeutet, sie muss die Gesetze des Staates anerkennen, der Selbstjustiz entsagen und sich entmilitarisieren.

Internationale Akteure können im Rahmen der EZ und ihrer kulturellen, wirtschaftlichen

und politischen Verbundenheit, wie beispielsweise die der USA, der EU, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sowie die der BRD helfen, das Gewaltmonopol des Staates und seine Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Dabei ist es jedoch notwendig, die Souveränität des kolumbianischen Staates nicht in Frage zu stellen und kooperative Handlungspotentiale in einer Friedensentwicklung zu erschließen und zu erweitern. Es soll für Kolumbien ein Anreiz geschaffen werden, selbstständig mit unabhängigen Kontrolleuren Verbesserungen im Rechtssystem zu schaffen. Wird beispielsweise die Aufklärungsrate für Straftaten nachhaltig verbessert, soll dies durch eine Erhöhung der Entwicklungshilfe honoriert werden. Diese wären durch die internationalen Akteure, allen voran der USA, der EU und der OAS zu leisten.

Die USA müssen jede militärische Unterstützung sowie Transfers von Waffen und militärischer Expertise, die zu einer Verlängerung des Konfliktes beitragen und die Entprivatisierung von Gewalt gefährden, einstellen.
Die neue US-Administration, die in das Jahr 2009 mit dem Leitbegriff *Change* zog, soll nun einen Wandel in ihrer außenpolitischen Strategie gegenüber Kolumbien vollziehen, die eine politische Kultur des Friedens erkennen lässt. Wirtschaftliche Unterstützung und EZ dürfen sich nicht primär auf militärische Aspekte konzentrieren, sondern müssen insbesondere die Stärkung des unterfinanzierten Justizwesens fokussieren.

Die EU muss im Rahmen der EZ nach wie vor rechtliche Unterstützung bei Bearbeitung von Justizfällen anbieten und Weiterbildungen auf diesem Gebiet weiterhin ermöglichen. Ein Austausch von Justizbeamten im Rahmen eines partnerschaftlichen Programms zwischen Staaten der Europäischen Union und Kolumbien kann einerseits das Vertrauen in demokratische Institutionen vor Ort stärken, andererseits auch Korruption, Manipulation und Einschränkungen der Menschenrechte ein Ende bereiten und somit rechtsstaatliche Kontrolle fördern. Außerdem müssen Maßnahmen und Projekte ausgiebiger evaluiert werden, um Handlungsstrategien zu optimieren und Handlungsfehler künftig besser umgehen zu können.

Die OAS muss in Anbetracht ihrer gemeinsamen Ziele, wie u.a. die Bekämpfung von Kriminalität, kooperativ die Schwächung des (kolumbianischen) Gewaltmonopols und der Rechtsstaatlichkeit durch das defizitäre Justizsystems thematisieren. Eine Fortführung der massiven Militarisierung muss der Option weichen, Maßnahmen zur Unterstützung des justiziellen Sektors und gegen Korruption zu erarbeiten und umzusetzen.

Deutschland muss weiterhin Entwicklungshilfe in Form von finanzieller und technischer Zusammenarbeit leisten sowie qualifiziertes Fachpersonal für das Justizwesen entsenden. Es sollte eine Partnerschaft im Justizwesen angestrebt werden, welche durch die benannte Entsendung von Fachpersonal und einer stärkeren Zusammenarbeit zu einer strukturellen und fachlichen Verbesserung der Justiz führen würde. Hier könnte das deutsche Justizwesen Modell stehen.
Mittels einer exakten Kontrolle und Unterbindung von Exporten chemischer Erzeugnisse nach Kolumbien, kann Deutschland einen Beitrag zur Bekämpfung der Infiltrierung des staatlichen Systems durch drogenfinanzierte Korruptionswirtschaft leisten.
Es muss außerdem eine intensive Evaluierung der EZ stattfinden, um diese aufs effektivste optimieren zu können.

3.2 Politische Kultur der Gewalt beenden

Um die politische Kultur der Gewalt zu beenden, ist es notwendig, dass die Konfliktparteien gewaltlose Friedensprozesse gemeinsam erleben und erfahren können. Sie sollen zum einen erfahren, dass ihre wesentlichen Ziele auf einem friedlichen Weg erreicht werden können. Zum anderen sollen sie lernen, dass ihre Ziele mit einer Konfliktlösung vereinbar sind und durch diese sogar gefördert werden können.

Die Regierung Kolumbiens muss sich, um einen Beitrag zur Beendigung der politischen Kultur der Gewalt zu leisten, von den Paramilitärs distanzieren. Dies betrifft sowohl die aktuelle, wie auch die Rolle der Paramilitärs in der Geschichte Kolumbiens. Die Paramilitärs waren maßgeblich an der Ermordung von Mitgliedern des politischen Flügels der FARC, der Unión Patriótica, beteiligt.
Ferner ist von der Regierung das Zusatzprotokoll der UN-Konventionen gegen Folter zu unterzeichnen sowie das internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwinden lassen. Diese Schritte sind entscheidende Signale für einen Weg des friedlichen Konfliktaustrags und beenden von der Seite des Staates die politische Kultur der Gewalt.
Zu einer politischen Kultur des Friedens gehört es auch, andere Meinungen zu akzeptieren.

Deshalb muss die Regierung die FARC als einen gesellschaftlichen Akteur anerkennen. Dies kann über die Anerkennung eines politischen Flügels oder einer politischen Partei, die aus der FARC hervorgeht, erreicht werden.
Blickt man in die kolumbianische Geschichte und in die Entwicklung des Kolumbienkonflikts, so zeigt sich durchgehend die politische Kultur der Gewalt. Deshalb muss die Regierung zusammen in Koalitionen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren Foren zur Aufarbeitung der Vergangenheit, zum Bekenntnis der eigenen Verantwortung und zur Verurteilung des Einsatzes von Gewalt bilden. An diesem Prozess können neben der Regierung, politische und wissenschaftliche Stiftungen, die Kirche (selbst Akteur zur Zeiten der Violencia), wie auch zivilgesellschaftliche Gruppen, wie die *Movimiento de Víctimas de Crímenes del Estado*, als Bewegung der Opfer von Verbrechen des Staates, oder die *Asociación de Familiares de Detenidos Desaparecidos*, die Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten und Verschwundener beteiligt sein.
Die Regierung muss Zonen der friedlichen Koexistenz unterstützen und zivilgesellschaftliche Akteure und deren Projekte vermehrt stärken. Erste entscheidende Schritte konnten auf diesem Weg bereits gegangen werden, was Vertriebenenprojekte in wenigen Großstädten zeigen.

Die FARC muss sich öffentlich bereit erklären, die Entführungen zu beenden. Wie die Vergangenheit zeigt, so auch die Befreiung von Ingrid Betancourt, führen die Entführungen zu einer Spirale von Gewalt und Gegengewalt, die es zu beenden gilt.
Gleichzeitig soll die FARC die Möglichkeit erhalten, ihre Forderungen und Vorstellungen zu artikulieren. Dazu gehört, dass die FARC zunächst einen politischen Flügel etabliert, aus dem eine politische Partei hervorgehen kann. Allein die Gründung dieser Partei, zugelassen von der Regierung, stellt einen Erfolg für die FARC dahingehend dar, dass sie als gesellschaftlicher Akteur anerkannt wird.
Auch die FARC bzw. die Mitglieder der FARC müssen sich an einem Diskurs über die Vergangenheit beteiligen. Nur auf diese Weise kann Sachlichkeit geschaffen werden.

Vor allem **zivilgesellschaftliche Akteure** können die Aufgabe wahrnehmen, den Verzicht auf Waffen und Gewalt zu vermitteln. In Zonen des Friedens sowie in den Vertriebenenzentren müssen zivilgesellschaftliche Akteure stets präsent sein, um friedenspädagogisch zu wirken.

In Medellin gibt es bereits über 1.000 Fußballteams im Rahmen des Projekts, Fußball für den

Frieden‘. Zivilgesellschaftliche Akteure können und müssen nun dabei Unterstützung leisten, für die Ausbreitung derartige Projekte zu sorgen. Jährlich ist ein großes Fußballturnier aller Teams zu entrichten, was mehrere Tage andauern kann. Dort können Jugendliche, vermittelt durch zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich der Friedenspädagogik, Erfahrungen des gewaltlosen Miteinanders sammeln.

Die Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur muss sich ebenfalls zu ihrer Vergangenheit in Zeiten der Violencia bekennen und aktiv an einer Kultur des Friedens mitarbeiten. Auf diese Weise kann sie Friedensgemeinden und Zonen des Friedens durch karitative Arbeit unterstützen.

Von Seiten **internationaler Akteure**, wie **Europa** und der **USA**, ist zunächst die Unterstützung der Friedenslaboratorien seitens der Europäischen Union hervorzuheben. Die Förderung von Zonen des friedlichen Miteinanders ist, um die politische Kultur der Gewalt zu beenden, von enormer Bedeutung.
Die Erfahrungen zeigen, dass bereits die bloße Anwesenheit von Europäern oder Amerikanern als Schutz für die Bewohner von Friedensgemeinden oder Friedenszonen bedeutet. Die Zonen des Friedens oder die Friedensgemeinden, die auf Polizeigewalt und auf sämtliche Waffen verzichten, bilden sehr wichtige Orte für den Friedensprozess in Kolumbien, da gerade sie die historische Erfahrung der politischen Kultur der Gewalt beenden und sie in eine Kultur des friedlichen Miteinanders transformieren. Weitere Friedenszonen können errichtet werden, wenn deren Schutz garantiert werden kann. Dazu sind Partnerschaften zwischen den Zonen des Friedens und europäischen sowie amerikanischen Regionen einzurichten. Lehrer, Ärzte und andere Personen des öffentlichen Lebens, wie beispielsweise Vertreter der Kirche oder andere zivilgesellschaftliche Organisationen, können in die jeweiligen Gebiete entsendet werden und sich dort sowohl durch ihre bloße Anwesenheit als auch durch Unterstützung im alltäglichen Leben an der Errichtung des Friedens beteiligen. Hervorzuheben sind hierbei Friedenszonen, in denen durch internationale Kooperation Krankenstationen und Bildungseinrichtungen begründet worden sind. Einige Menschen aus anderen Gebieten nehmen weite Wege auf sich, um dort ärztliche Dienste oder Bildungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen. Durch die aktive Arbeit und die internationale Unterstützung dieser Partnerschaften können weitere Friedenszonen errichtet werden.

3.3. Zivilgesellschaft stärken

Der erste wichtige Schritt auf dem Weg zu einer friedlichen Konfliktaustragungskultur ist der Schutz und die Stärkung der Zivilbevölkerung. Nur wer nicht permanent in Angst und Furcht leben muss, kann für einen nachhaltigen Friedensprozess die notwendige Kreativität, Offenheit und Kompromissbereitschaft entwickeln. Dies soll durch die Errichtung weiterer Zonen friedlicher Koexistenz für das gesamte Gebiet Kolumbiens erreicht werden. Dafür sind alle Akteure der kolumbianischen Gesellschaft von enormer Bedeutung.

Die Gewaltakteure, insbesondere die **FARC** und die **Paramilitärs**, müssen, nach ihrer Transformation zu legitimen, politischen Interessenvertretern, die Kräfte der Zivilgesellschaft als gleichwertige Mitglieder der kolumbianischen Öffentlichkeit akzeptieren und die Bedingungen der Friedenszonen anerkennen. Neben dem Verzicht auf Gewalt als Konfliktaustragungsmittel müssen sie sich zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichten.
Als Voraussetzung für eine politische Anerkennung von FARC und ELN müssen alle Entführungsopfer unverzüglich freigelassen werden. Die AUC sollen unrechtmäßig erworbenes Land an die ursprünglichen Besitzer zurückgeben. Dies soll mittels einer umfassenden Bodenreform in die Tat umgesetzt werden. Die politische Anerkennung soll hierbei ebenfalls Anreiz sein.
In allen **Friedenszonen** Kolumbiens sollen Friedensforen organisiert werden. Dort soll die Bevölkerung zu Wort kommen, um ihre Sichtweise auf den Konflikt und mögliche Lösungsmöglichkeiten zu präsentieren. Durch Workshops soll die Arbeitsweise der Foren den Gemeinden, die bislang noch keine Friedenzonen waren, näher gebracht werden. Die Durchführung und Erstellung dieser Workshops soll durch Kräfte aus den bestehenden Friedensdörfern durchgeführt werden. Die Menschenrechtsorganisation ***ANDAS***, das ***Jesuiten Institut CINEP*** sowie ***pbi*** sollen diesen Prozess begleiten und für nationale und internationale Aufmerksamkeit und Transparenz bei der Umsetzung und Veröffentlichung der Resultate sorgen.
Für die **Kirche** ergeben sich gemeinsame Aufgabenfelder mit der *Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten Geiseln und anderen Verschwundenen*. Diese Kräfte müssen sich um die Aufklärung der Gewalttaten in der Vergangenheit in Verbindung mit friedens-pädagogischen Konzepten befassen. Gleichzeitig sollen organisierte Opfer von politisch motivierter Gewalt, Geiseln, Vertriebene und Angehörige vermisster Personen,

zusammenwirken und Projektinitiativen begründen mit dem Ziel eines Konsenses einer Gewalt ablehnenden Haltung.
Die ***Plattform für Menschenrechte*** (DESC), die Kolumbianische Frauenbewegung ***ruta pácifica*** und die ***Vereinigung der Angehörigen von Verschwundenen und Verhafteten*** (ASFADDES) sollten den Prozess der Wahrheitsfindung und Versöhnung initiieren und in die `Nationale Kommission für Wiedergutmachung‘ miteinbezogen werden.

Von Seiten **internationaler Akteure** sollte durch eine gemeinsame Erklärung der OAS**,** der Andengemeinschaft (CAN), der EU und der USA eine einheitliche Haltung gegenüber den Gewaltakteuren in Kolumbien deutlich gemacht werden. Die Erklärung soll die schon genannten Bedingungen der Friedenszonen ausdrücklich befürworten, um die Akzeptanz der Friedenszonen zu bestärken.

3.4 Alternativen zur Drogenökonomie

Die Kolumbianische Regierung muss sich auch bei der Bearbeitung der Drogenproblematik, bei nationalen Konferenzen und bei tagespolitischen Problemstellungen, um die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten bemühen. Das heißt zum Beispiel auch die FARC so einzubinden, dass diese sich in die politische Debatte einbringen kann sowie politischen Legitimationszwang verspürt.
Die Regierung sollte einen Maßnahmenkatalog erstellen, welcher sich durch Investitionen in den Agrarsektor in Form von Anbau und Kultivierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als Kompensation der Einnahmen durch den Drogenanbau, auszeichnet. Es bedarf einer Stärkung des Schnittblumenanbaus und anderer landwirtschaftlicher Potentiale wie eines weiteren Ausbaus des Kaffeesektors. Diese Potentiale müssen im Rahmen einer Bodenreform genutzt werden. So soll beispielsweise auch Land an die Mitglieder der FARC und der Paramilitärs verteilt werden, um deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen. Selbstverständlich muss dies ausgewogen und gerecht geschehen. So soll der Staat Gebiete zur Verfügung stellen, welche durch eine eigens dafür geschaffenes Ministerium, bzw. eine Kommission verwaltet und den Wiedereinzugliedernden zur Verfügung gestellt wird. Denkbar wäre eine nationale Kommission, aber auch eine internationale wäre möglich. Hierbei muss vor allem die Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Der Staat muss und kann mit den genannten wirtschaftspolitischen Maßnahmen den Mitgliedern der anderen

Konfliktkateure, wie FARC und Paramilitärs zu alternative Formen des Einkommenserwerbs und Beschäftigungsmöglichkeiten verhelfen.
Kolumbien verfügt über unterschiedliche Möglichkeiten erneuerbare Energien zu nutzen. Die naturräumlichen Gegebenheiten sind besonders vorteilhaft. Die Regierung ist somit dazu aufgefordert, unter Beachtung der Umwelt, die naturräumlichen Potentiale zu erschließen und diesen Industriesektor durch finanzielle Förderung zu stützen und auszubauen. Dies würde zudem neue Arbeitsplätze entstehen lassen und wäre damit eine nachhaltige Investition.
Auch verfügt Kolumbien über die weltweit zweithöchste Biodiversität. Aus der enormen Artenvielfalt könnte eine Art Öko-Tourismus, unter Berücksichtigung und Sicherung der Umwelt, aufgebaut werden. Um dies zu ermöglichen, wird die kolumbianische Regierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit NGO´s, welche sich dem Thema Umwelt- und Artenschutz verpflichtet haben, zu kooperieren. Die Kooperation soll dazu beitragen, dass Flora und Fauna nachhaltig genutzt und geschützt werden.

Die Paramilitärs müssen den Drogenhandel unterlassen. Der Demobilisierungsprozess und die versprochenen strafmildernde Umstände für Mitglieder der Paramilitärs sind Ansätze, um diese wieder in die Gesellschaft einzugliedern und somit auch den Drogenhandel zu unterbinden. So müssen sich die Paramilitärs bereit erklären, an Projekten des benannten Maßnahmenkatalogs mitzuwirken, die dem Aufbau der peripheren Gebiete dienen.

Die FARC muss sich bereit erklären, nicht mehr die Infrastruktur und Sicherheitsdienste für die Drogenkartelle bereitzustellen sowie sich nicht mehr direkt an der Produktion von Rauschgiften zu beteiligen. Da sich die FARC größtenteils aus der Landbevölkerung zusammensetzt, können durch das zur Verfügung stellen von Beschäftigungsmöglichkeiten zudem die ländlichen Regionen gestärkt werden. Beschäftigungsmöglichkeiten sind in der landwirtschaftlichen Produktion zu schaffen. Die benannten Investitionen des Staates würden obendrein gezielt auch zur Wiedereingliederung der Mitglieder der FARC beitragen.
Es ist wichtig, dass die FARC durch den Staat wieder in die Gesellschaft integriert wird. Dazu bedarf es einer Demobilisierung, wie dies bei den Paramilitärs vorgenommen wurde. Im Anschluss ist der Staat dazu aufgefordert, Beschäftigungsmöglichkeiten bereitzustellen.

Internationale Akteure können die Abkehr von der Drogenökonomie und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit durch Subventionen und Freihandelsabkommen im Bereich des Agrar-

und Rohstoffsektors unterstützen. Hierbei sind vor allem der Anbau von Bananen, Kaffee und Schnittblumen sowie die Förderung von Erdöl und Kohle zu erwähnen, allerdings immer unter strenger Beachtung der Anforderungen an einen nachhaltigen Natur- und Artenschutz. Insbesondere soll dieses Subventionsengagement die Unterstützung von Fair-Trade-Programmen einschließen, um soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu garantieren.
Zudem soll Kolumbien auch von einer Infrastruktur erneuerbarer Energien und dabei von seinen naturräumlichen Gegebenheiten profitieren. Beim Aufzeigen ökonomischer Alternativen und deren Attraktivität sollen als ausbaufähiges Vorbild die von der EU unterstützten Friedenslaboratorien dienen.

3.5. Soziale Ungerechtigkeit bekämpfen

Die kolumbianische Regierung muss, um die sozial-politische Grundlage des Konfliktes zu bekämpfen, einen Sozialvertrag erarbeiten, der die soziale Spaltung und Armut durch gezielte Maßnahmen beseitigt. Dazu muss in Schulbildung und deren Zugangsmöglichkeiten, in die Ernährungssicherheit, in den Ausbau des Gesundheitswesens, die Förderung des Agrarsektors und in die Korruptionsbekämpfung zur Stärkung des Justizapparates investiert werden. Zudem sollte durch die Dezentralisierung der Verwaltungswirtschaft, also die Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf die 32 Verwaltungsbezirke, eine Stärkung der ländlichen Gebiete erreicht werden. Dies könnte der zunehmenden Verstädterung entgegenwirken und neue wirtschaftliche Potentiale entstehen lassen.
Zusätzlich sollte über eine große Bodenreform debattiert und nicht genutztes Land, bzw. im Rahmen des Demobilisierungsprozesses von den Paramilitärs abgegebenes Land, an landlose und vertriebene Bauern verteilt werden. Im Zuge dieser Reform müssen Anstrengungen unternommen werden, das von der Guerilla und den Paramilitärs geraubte Land an seine ursprünglichen Besitzer zurück zu geben.

Die Zivilgesellschaft sollte parallel zum Friedensprozess in allen Gemeinden Kolumbiens Friedensforen organisieren. Diese sollen dazu dienen, die Bevölkerung zu Wort kommen zu lassen und ihre Sichtweise auf den Konflikt und mögliche Lösungsmöglichkeiten zu artikulieren. In solchen Foren muss zudem die soziale Ungleichheit thematisiert und diskutiert und an Lösungsvorschlägen gearbeitet werden, wie diese zu durchbrechen sind. Die Organisation und Förderung der Friedensforen sollte von NGO´s, Gewerkschaften und

Kirchen realisiert werden. Die Ergebnisse sollten auf einem großen nationalen und internationalen Abschlusskongress präsentiert und diskutiert werden.

4. Service Teil

4.1 Literaturverzeichnis

Amnesty International, Kolumbien (o.J.): Gewaltlos im Krieg - Die Friedensgemeinden in Kolumbien. URL: http://www.amnesty-kolumbien.de/de/_friedensgemeinden.html (Abgerufen am 15.07.2009).

Auswärtiges Amt (2009): Beziehungen zwischen Kolumbien und Deutschland. URL: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Kolumbien/Bilateral.html (Abgerufen am 09.09.2009).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2009): Länder und Regionen: Partnerländer: Kolumbien: Zusammenarbeit: Situation und Zusammenarbeit. URL: http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/kolumbien/zusammenarbeit.html (Abgerufen am 28.07.09).

Europäische Kommission (2000): Justiz und Inneres. Die Charta der Grundrechte der EU.URL: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2000:364:0001:0022:EN:PDF (Abgerufen am 09.09.2009).

Heidelberg Institute for International Conflict Research (2009): Conflict Barometer 2008. URL: http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2008.pdf (Abgerufen am 04.04.2009).

Hörtner, Werner (1997): Kolumbien verstehen. Geschichte und Gegenwart eines zerrissenen Landes. Zürich: Rotpunktverlag.

Huck, Alexandra/ Schwarz, Christiane (2007): Friedensgemeinden und humanitäre Zonen in Kolumbien: Zivilgesellschaftliche Organisation inmitten des bewaffneten Konflikts. URL: http://www.kolko.de/index.php?cat=C04&art_id=153 (Abgerufen am 04.04.2009).

Institut für Friedenspädagogik (2009): Kolumbien: Ball statt Revolver – John Jairo und der Straßenfußball.
URL: http://www.friedenspaedagogik.de/projekte/peace_counts_school/reportagen_themen__1/kolumbien_ball_statt_revolver_john_jairo_und_der_strassenfussball (Abgerufen am 04.04.2009).

Jäger, Thomas (2007): Die Tragödie Kolumbiens. Wiesbaden: VS Verlag.

Kurtenbach, Sabine (2004): Studien zur Länderbezogenen Konfliktbetrachtung. Kolumbien.

Kurtenbach, Sabine (2005): Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse – Kolumbien. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.

Münkler, Herfried (Hrsg.)(2002): Die neuen Kriege. Rheinbek: Rowohlt.

Rütsche, Bruno (2007): Kolumbien – Monatsbericht No. 7-8/2007. Die Prohibitionspolitik ist gescheitert: Der Drogenkrieg fordert viele Opfer und schafft gefährliche Gewinner. http://www.kolko.de/artikel.php?art_id=1501 (Abgerufen am 04.04.2009).

Senghaas, Dieter (2004): Zum irdischen Frieden. Erkenntnisse und Vermutungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

telesurtv (2009): http://www.telesurtv.net/secciones/noticias/nota/23338/informe-revela-que-conflicto-armado-en-colombia-es-la-excusa-para-desbordado-gasto-militar/ (abgerufen am 01.08. 09).

Zienecker, Heidrun (2004): Drogenökonomie und Gewalt. Das Beispiel Kolumbien. HSFK [Hrsg.] Report 05/2004.

4.2 Literaturempfehlungen

Azzellini, Dario (2003): Kolumbien: Regierung und Paramilitärs in Symbiose. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg.48/10. S. 1239 1242.

Acker, Tanja (2008): Die USA, Kolumbien und der Plan Colombia - Ein Plan für Frieden. Drogen- oder Aufstandsbekämpfung?

Blumenthal, Hans R.: Kolumbien 2000 (2000) : Träume vom Frieden, Realitäten des Krieges. In: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Stabsabteilung (Hg.): FES – Analyse. Bonn 2000. URL: http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/00905.htm.

Demandowsky, Maximilian von (2008): Lateinamerikapolitik der USA: Die neuere Lateinamerikapolitik der USA am Beispiel Kolumbien.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (2008): Die GTZ in Kolumbien: Frieden entwickeln – Krisen vorbeugen. Bogotá 2008. URL: http://www.gtz.de/de/dokumente/de-GTZ-Kolumbien-2008.pdf.

Hörtner, Werner (2007): Kolumbien Verstehen. Geschichte und Gegenwart eines zerrissenen Landes.

Jäger, Thomas/ Daun, Anna/ Lambach, Daniel/ Lopera, Carmen/ Maass, Bea/ Margraf, Britta (2007): Die Tragödie Kolumbiens.

Kasten, Tanja (2007): Frieden durch Zivilcourage. Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung in Kolumbien.

König, Hans-Joachim (2008): Kleine Geschichte Kolumbiens.

Kurtenbach, Sabine (2004): Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse. Kolumbien. Friedrich-Ebert-Stiftung. URL: http://www.fes.de/lateinamerika/in_la/documents/Konfliktanalyse_Kolumbien_2004.pdf.

Zienecker, Heidrun (2004): Drogenoekonomie und Gewalt : das Beispiel Kolumbien. URL: http://www.hsfk.de/downloads/report0504.pdf

4.3 Internationale Organisationen

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/Kolumbien/zusammenarbeit.html

amnesty international Deutschland – Umfangreiche und aktuelle Informationen zur menschenrechtlichen Situation in Kolumbien. www.amnesty-kolumbien.de

ASK Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien – Publizieren regelmäßige Berichte über den Kolumbienkonflikt. www.askonline.ch/index.php

Brot für die Welt – Versuchen durch Spendenaktionen und Informationsmaterial zu helfen. www.brot-fuer-die-welt.de/kolumbien

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/Kolumbien/zusammenarbeit.html

Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)
http://www.gtz.de/de/praxis/636.htm

Gesellschaft für bedrohte Völker – Durch die Unterstützung von zahlreichen Einzelpersonen soll ihr Einfluss vergrößert und weitere Initiativen geründet werden. www.gfbv.de

International Crisis Group (ICG) – Versuchen mit der Hilfe von ehemaligen Diplomaten und Politikern auf Konflikte und Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen. www.crisisgroup.org/home/

kolko e.V. - Durch zahlreiche Berichte und Analysen werden Forderungen zur Verbesserung der Menschenrechte in Kolumbien gestellt. www.kolko.de

Misereor – Sie wollen mit der Unterstützung von einheimischen Partnern Menschen jeden Glaubens, jeder Kultur und jeder Hautfarbe helfen. www.misereor.de

Pax Christi – Bemühen sich um gerechte Strukturen des Zusammenlebens und zivile Wege der Konfliktbearbeitung. www.paxchristi.de

Peace brigades international (pbi) – Durch internationale Begleiter, werden nationale Initiativen unterstützt. www.pbideutschland.de

peace counts – Sie wollen weltweit Vorbilder für Friedensbemühungen finden. Eine Umfangreiche Berichterstattung dokumentiert weltweite Initiativen und Projekte, so auch in Kolumbien. www.peacecounts.org

Kolumbianische Organisationen/Institutionen

ASFADDES - Asociación de Familiares de Detenidos Desaparecidos, Vereinigung der Angehörigen von Verhafteten und Verschwundener. www.asfaddes.org.co

Banco de Datos de Violencia Política - Datenbank zu politisch motivierter Gewalt in Kolumbien. Daten sind Online abrufbar. Initiative von CINEP. www.nocheyniebla.org

CCJ - Comision Colombiana de Juristas, Kolumbianische Juristenkommission. Arbeitet mit der UNO zusammen, gehört der Internationalen Juristen Kommission in Genf an, sowie der

Anden Kommission der Juristen in Lima an. www.coljuristas.org

CINEP - Centro de Investigación y Educación Popular, Forschungszentrum der Jesuiten. Arbeiten für eine gerechtere und menschlichere Gesellschaft. Wollen durch Bildung Friedensbewusstsein schaffen. www.cinep.org.co

CODHES - Consultoría para los Derechos Humanos y para el Desplazamiento. Consulting für Menschenrechte und Vertreibung. Haben die Vision einer demokratischen Lösung des Konflikts und der Beendigung der humanitären Katastrophe. www.codhes.org

Comunidad de Paz San José de Apartadó - Website der Friedensgemeinde San José de Apartadó. Umfassende Informationen. Sehr aktiv, trotz vieler Rückschläge. Keine Verweise auf andere Friedensdörfer. www.cdpsanjose.org

ILSA - Instituto Latinoamericano de Servicios Legales Alternativos. Kämpft für die Einhaltung der Gesetze. www.ilsa.org.co

La Alianza - Organizaciones sociales y afines por una cooperación para la paz y la democracia en Colombia. Soziale Organisation für eine Kooperation für den Frieden und Demokratie in Kolumbien. www.alianzapostlondres.org

Movimiento de Víctimas de Crímenes del Estado. Bewegung der Opfer von Verbrechen des Staates. www.movimientodevictimas.org

Plataforma DESC - Plataforma Colombiana de Derechos Humanos, Democracia y Desarrollo. Plattform für Menschenrechte, Demokratie und Entwicklung. Umfangreiche Internetpräsenz mit vielen Projekten und Zielen. www.plataforma-colombiana.org

prensarural - Kolumbianische Nachrichtenagentur, ein Projekt der Asociación Campesina del Valle del Río Cimitarra und der Asociación Campesina de Arauca. Nachrichtenagentur für Widerstandsdörfer (also Friedensdörfer) einige Artikel auf deutsch. www.prensarural.org

redepaz – red nacional de iniciativas por la paz y contra la guerra. Nationales Initiativnetz für den Frieden und gegen den Krieg. Besteht mittlerweile seit 15 Jahren. Starkes anerkanntes

Bündnis in Kolumbien, das sich die Koordinierung von Friedensinitiativen zur Aufgabe gemacht hat. www.redepaz.org.co

ruta pacífica de las mujeres – Kolumbianische Frauenbewegung. Kämpfen für den Frieden und wollen auf die Folgen des Krieges für die Frauen aufmerksam machen. http://www.rutapacifica.org.co